



zwischenzeit

# WASSER

WASSER ist die Flüssigkeit, die wir ständig brauchen.

WASSER ist Leben.

WASSER ist durch nichts zu ersetzen.

WASSER ist ungleich verteilt.

WASSER ist knapp.

WASSER ist Macht und Kontrolle.

WASSER wird zur Ware gemacht.

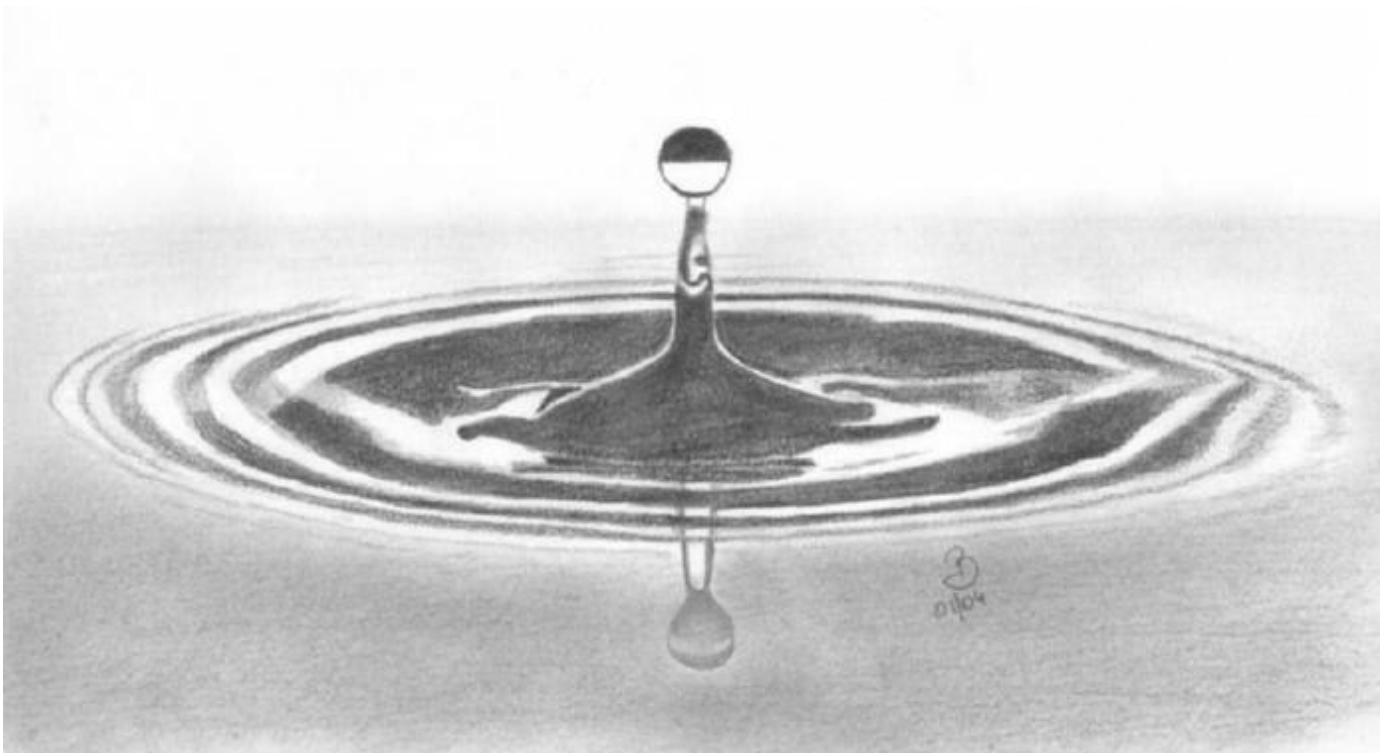
WASSER wird kommerzialisiert.

WASSER wird privatisiert.

WASSER ist das gemeinsame Erbe der Welt.

WASSER gehört allen.

**WASSER IST EIN MENSCHENRECHT!**



# Inhaltsverzeichnis

Wasser	2
Inhaltsverzeichnis	3
Editorial	4
<b>Teil 1: Dokumentation der Ausstellung</b>	<b>5</b>
Wasservorkommen und -nutzung	6
Wasserverbrauch im Alltag	7
Wasser ist knapp!?	8
Privatisierung des Wassers: vom öffentlichen Gut zur Handelsware	9
Beispiele für Privatisierung: Berlin, Wales und Potsdam	10
Globale Privatisierung: das GATS-Abkommen	11
BürgerInnenbegehren gegen Privatisierung in Hamburg	12
Staudammproblematik: soziale und ökologische Folgen	13
Widerstand gegen Wasserprivatisierung: Übersicht	14
Beispiele für Widerstand	
Bolivien, Cochabamba	15
Südafrika	16
Indien , Plachimada	17
Spanien. Itoiz	18
<b>Teil 2: Vertiefende Texte</b>	<b>19</b>
Der Plan Puebla-Panamá und die Staudammprojekte am Rio Usumacinta	20
Der Garnelenring: Industrielle Shrimpszucht	23
Die Erklärung von Porto Alegre zum Wasser	26
Privatisierung von Wasser	27
Widerstand und Alternativen	36
Krieg ums Wasser in Mexiko	42
Literatur- und Internethinweise	45
Collage: Wasser und die Zukunft der Menschheit	46

## Impressum

zwischenzeit

**Zwischenzeit e.V.**

**Initiative für soziale, interkulturelle und ökologische Forschung, Analyse und Bildung**

Zwischenzeit e.V.  
Grevener Straße 53  
48149 Münster

Tel.: 0251-2892289

Email: [liste@zwischenzeit-muenster.de](mailto:liste@zwischenzeit-muenster.de)  
Homepage: [www.zwischenzeit-muenster.de](http://www.zwischenzeit-muenster.de)

# Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

die vorliegende Broschüre ist als Begleitung und Vertiefung unserer Ausstellung *„Wasser-Spiegel. Über den gesellschaftlichen Umgang mit Wasser“* gedacht.

Im ersten Teil dokumentieren wir die Inhalte der Ausstellungstafeln. Sie geben einen Überblick über die globale Verteilung sowie die Nutzung von Wasser und zeigen die Probleme auf, die sich hieraus für Mensch und Umwelt ergeben.

Die aktuelle lokale wie internationale Praxis der Privatisierung der Wasserversorgung wird kritisch dargestellt. Dabei werden auch die wirtschaftspolitischen Hintergründe verständlich erläutert.

Ein weiteres Themenfeld bildet die Auseinandersetzung mit den sozialen und ökologischen Folgen des Staudammbaus. In der installierten Ausstellung wird an dieser Stelle ein zehnminütiger Dokumentarfilm über den Bau des Staudamms Chixoy in Guatemala gezeigt, der die katastrophalen Ausmaße dieser gigantischen Projekte verdeutlicht, die über Leichen gehen und die Natur verwüsten.

Die Ausstellung gibt zudem einen Einblick in die Vielfalt der weltweit stattfindenden Kämpfe gegen die Privatisierung von Wasser sowie gegen den Bau von Staudämmen. Beispielhaft werden Protestbewegungen aus verschiedenen Ländern vorgestellt und Alternativen zum derzeitigen gesellschaftlichen Umgang mit Wasser skizziert.

Im zweiten Teil des Heftes finden Sie vertiefende Artikel zu den Themen Wasserprivatisierung, Widerstand und Alternativen, eine Dokumentation der Erklärung des Weltsozialforums von Porto Alegre zum Wasser sowie ein Verzeichnis weiterführender Literatur und Internetlinks.

Wir wünschen Ihnen nun viel Spaß beim Lesen und freuen uns über Kommentare und Anregungen!

Münster, Dezember 2004

**Ihr Zwischenzeit-Kollektiv**

# Teil 1:

## Dokumentation des Inhalts der Ausstellung



**Wasser, das ist die Flüssigkeit, die wir ständig brauchen - sei es zum Trinken, sei es, um im Sommer hineinzuspringen oder es uns über die Köpfe laufen zu lassen, mit der wir kochen und waschen, die als Regen oder Schnee vom Himmel fällt und aus Quellen aus der Erde sprudelt. Unser Körper und die Erdoberfläche bestehen zum größten Teil aus Wasser. Alles Leben braucht Wasser, um existieren zu können. Wasser ist durch nichts zu ersetzen.**



Ohne Aufbereitung ist Salzwasser für die Nutzung durch den Menschen, durch Landtiere und für die Landwirtschaft nicht geeignet.

2/3 der Süßwasservorräte sind in Gletschern und ständiger Schneedecke gebunden und für den Menschen somit nicht nutzbar.

Zugänglich sind die Süßwasservorräte in Seen, Flüssen und aus dem Grundwasser. Große Teile des Süßwassers sind für die Aufrechterhaltung des pflanzlichen und tierischen Lebens erforderlich, so dass lediglich etwa 0,02 % des Wassers der Erde für den menschlichen Bedarf verbleiben.

## Täglicher Pro-Kopf-Wasserverbrauch

Deutschland	130 Liter
Kanada	326 Liter
USA	295 Liter
Senegal	30 Liter
Indian	25 Liter

Ein Vollbad  
140-180 Liter

Ein Duschbad  
30-90 Liter

Zahnpflege  
0,5 Liter

Einmal Handwäsche  
2-3 Liter

Eine Morgenwäsche  
3-5 Liter

Trinken  
pro Tag  
pro Person  
3-5 Liter

Kartoffeln kochen für  
4 Personen  
1 Liter

Gemüse waschen  
3-5 Liter

Kaffee kochen für 4  
Personen  
1 Liter

## Das Klo ist kein Müllschlucker!

WC-Steine, Rohrreiniger,  
Farben und ölhaltige  
Abfälle vergiften  
das Wasser.



Binden,  
Fritierfett,  
Speisereste  
und Speiseöl  
verstopfen  
die Rohre.

Wäsche waschen

Normalprogramm  
60-100 Liter  
Sparprogramm  
40-80 Liter

-----  
Geschirrspülen

Spülmaschine  
20-30 Liter  
Handwäsche  
20-40 Liter

Toilette  
Für einen Spülgang

Normaler Spülkasten  
9-14 Liter

Spülkasten mit Spartaste  
6 Liter

Druckspüler  
6-14 Liter

5 Toilettengänge pro Tag  
30-70 Liter

# Wasser ist knapp!?

**Die uns zur Verfügung stehende Menge an Süßwasser ist ausreichend, um alle 6 Milliarden Menschen dieser Erde mit Wasser zu versorgen. Dennoch fehlt jedem fünften Menschen der Weltbevölkerung der Zugang zu sauberem Wasser. Vor allem die Menschen in den "Entwicklungsländern" sind von der Wasserknappheit betroffen.**

## Gründe für die Knappheit

- > die ungleiche Verteilung von Wasser
- > Verstädterung und Bevölkerungswachstum
- > der steigende Verbrauch, insbesondere in den Industriestaaten
- > die zunehmende Verschmutzung von Wasser

Für 1 kg Getreide werden 1000 Liter Wasser benötigt; von weltweit 5 Tonnen Getreide werden 2 Tonnen als Viehfutter verwendet.

Die Feuchtgebiete in Kalifornien sind durch den Raubbau an den Wasserreserven fast völlig verschwunden. Von früher 60 Millionen Zug- und Wasservögeln in diesen Gebieten sind nur noch 3 Millionen geblieben.

Die Wassermenge auf der Erde bleibt immer konstant, aber durch Verschmutzung von Wasser verringert sich die nutzbare Wassermenge.

Industrie und Haushalte leiten - vor allem in den "Entwicklungsländern" - Abwässer in Flüsse, die nicht oder nur gering geklärt eine enorme Belastung für die Gewässer bedeuten.

Grundwasser und Flüsse werden durch Rückstände von Dünge- und Pflanzenschutzmitteleinsatz der konventionellen Landwirtschaft vergiftet.

1 Liter Altöl verseucht etwa 1 Million Liter Wasser.

Vor allem für Bewässerungszwecke wird dem Nil 90 % des Wassers entzogen. Gleichzeitig wird er mit industriellen und kommunalen Abwässern, Giften und Dreck dermaßen überladen, dass der Fluss in Kairo eine regelrechte Giftbrühe ist.

Im Jahr 2000 sind über 2 Millionen Menschen an den Folgen von kontaminiertem Wasser und nicht ausreichender Abwasserentsorgung gestorben.

Lima/Peru: Die in Armut lebende Bevölkerung, die nicht an die städtische Wasserversorgung angeschlossen ist, muss ihr Trinkwasser bei einem Wasserverkäufer kaufen. Sie zahlt 20 mal mehr als die Mittelständler, die an die öffentliche Wasserversorgung angeschlossen sind.

1998 mussten weltweit 25 Millionen Menschen ihre Heimat verlassen, weil das Wasser knapp oder das Land zu trocken wurde. Erstmals lag somit die Zahl der Umweltflüchtlinge höher als die der Kriegs- und Gewaltflüchtlinge.

In den "Entwicklungsländern" hat die wasserintensive Exportproduktion z.B. von Blumen oft Priorität gegenüber der Erzeugung von Lebensmitteln für die örtliche Bevölkerung.

In Mexiko-Stadt beginnt sich aufgrund des Raubbaus von Grundwasser der Boden abzusenken.

In der La Mancha/Spanien wird zu Bewässerungszwecken um ein Drittel mehr Grundwasser hoch gepumpt als neues wieder nachströmt. "Jüngste Schätzungen lassen darauf schließen, dass Klimaänderungen zu etwa 20 % für die Ausweitung der weltweiten Wasserknappheit verantwortlich sein werden."(UN-Weltwasserbericht)

## Wer verbraucht wieviel?

WASSERVERBRAUCH	LANDWIRTSCHAFT	INDUSTRIE	HAUSHALT
<b>Weltweit</b>	70%	22%	8%
<b>Industrieländer</b>	30%	59%	11%
<b>„Entwicklungsländer“</b>	82%	10%	8%
<b>Beispiele</b>	1000 l für 1 kg Brot 250 l für ein Ei 3500 l für ein Steak 80 l für 1 kg Tomaten	33000 l für einen Computer 250 l für 1 kg Stahl 220-380 l für Papier 555 l für 1 kg Wolle	120-180 l für ein Vollbad 60-100 l für eine Wäsche 3-5 l für tägl. Trinken 40 l für Toilettenspülungen



# PRIVATISIERUNG DES WASSERS

## - vom öffentlichen Gut zur Handelsware -

Wir können ohne Wasser nicht überleben. Wenn Menschen keinen Zugang zu Trinkwasser haben bzw. ihnen dieser Zugang verwehrt wird, führt dies zu Krankheiten, Epidemien, Tod. Aus diesem Grund ist die Kontrolle des Trinkwassers ein enormer Machtfaktor - wer den Zugang zu Trinkwasser reguliert, hat Macht über die Menschen.

Da Weltbevölkerung und Wasserverbrauch pro Kopf steigen, die verfügbare Wassermenge aber praktisch konstant bleibt, wird Trinkwasser immer knapper. Die meisten Lösungsversuche des globalen Wasserproblems konzentrieren sich in jüngster Vergangenheit auf die Privatisierung der Trinkwasserversorgung. Wasser wird dadurch vom öffentlichen Gut zum Wirtschaftsgut. Argumentiert wird von den PrivatisierungsbefürworterInnen, dass nur mit privatem Kapital die notwendigen Investitionen erbracht werden können und private Unternehmen grundsätzlich effektiver und kostengünstiger arbeiten als öffentliche. Diese Argumentation schafft den Rahmen für breite Privatisierungsmaßnahmen.



## Profit statt Gemeinwohl

In immer mehr Ländern wird die Wasserversorgung (teil)privatisiert, indem einzelne Bereiche und Aufgaben oder das gesamte System an private Unternehmen übertragen werden. Damit entsteht ein neuer Markt, auf dem Wasser als Ware gehandelt wird.

Die gewinnbringendsten Bereiche teilen sich wenige, global operierende, expandierende Wasserkonzerne aus den Industrieländern - insbesondere aus Frankreich, Deutschland, Großbritannien und den USA. Weniger profitable Märkte verbleiben in öffentlicher Hand.

Den "Entwicklungsländern" wird die Privatisierung der Wasserversorgung meist durch Strukturanpassungsprogramme von IWF und Weltbank aufgezwungen oder über Freihandelsabkommen verordnet. In den Industrieländern versprechen sich verschuldete Kommunen durch den (Teil-)Verkauf ihrer Trinkwasserversorgung eine kurzfristige Besserung ihrer Finanzsituation.

Da private Unternehmen keine am Gemeinwohl orientierte Wasserversorgung, sondern Gewinnmaximierung als oberstes Ziel haben, hat eine Privatisierung oft gravierende Folgen.

## Soziale und ökologische Folgen der Wasserprivatisierung

- Private Unternehmen konzentrieren sich auf lukrative Regionen und Betriebe; ländliche und weniger gewinnversprechende Gebiete oder Stadtteile werden vernachlässigt
  - Erhöhung der Wasserpreise
- Abnahme der Wasserqualität und der Umweltschutzleistungen
- Vernachlässigung der Instandhaltungsarbeiten der Leitungssysteme
  - Förderung der Korruption
  - Beschneidung der lokalen Kontrollen und öffentlichen Mitbestimmung
- massive Entlassungen in Wasserwerken und bei Zulieferbetrieben
- Abdrehen des Wassers bei Zahlungsunfähigkeit des Verbrauchers
  - De-Facto-Subvention von Privatinvestoren durch öffentliche Gelder, falls Renditen zu gering ausfallen



# Folgen der Teilprivatisierung der Wasserwerke einer internationalen Metropole



- Verlust von 2.000 Arbeitsplätzen
- Reduzierung der Instandhaltungsinvestitionen um 75 %
- Verlust von 8.000 Arbeitsplätzen bei Zulieferbetrieben
- Gebührenerhöhung um 15 %
- Garantie-Rendite für Privatteilhaber von 8 % pro Jahr über 28 Jahre, öffentliche Teilhabermüssen bei schlechtem Ergebnis zugunsten der privaten verzichten

...es handelt sich nicht um Manila oder Nairobi, sondern um:  
...Berlin

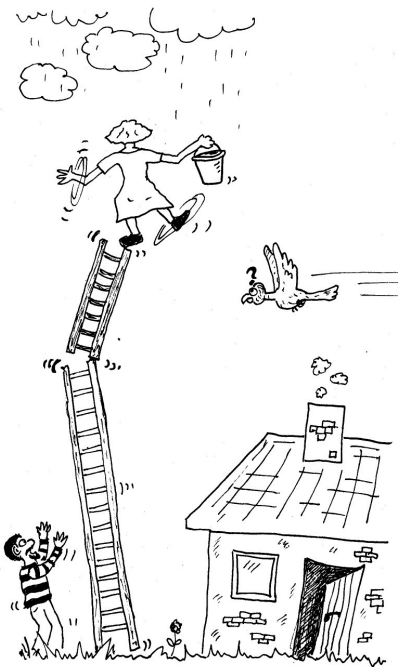
## Privatisierung des Regenwassers in Wales

In Wales, wo wie überall in England die Wasserversorgung schon seit 1989 privatisiert ist, ging der dortige Konzern so weit, das Regenwasser mit in das Vertragspaket aufzunehmen. Die Farmer mussten plötzlich für das Regenwasser, das auf ihr Ackerland fällt, Abgaben bezahlen. Auch für das Auffangen von Regenwasser sollten Gebühren gezahlt werden. Gerichtlich wurde festgelegt, bis zu welcher Höhe über bebautem Boden Regenwasser dem Wasserversorgungsunternehmen gehört.

In England und Wales hat sich die Wasserversorgung seit der Privatisierung verteuert und verschlechtert. 1999 fiel z.B. in einem Londoner Vorort die Wasserversorgung aus. 5 Tage zogen sich die Reparaturen hin. Aber die Firma schickte nicht mal Wassertankwagen in den Stadtteil. Die 5.500 betroffenen Bewohnerinnen und Bewohner mussten während der 5 Tage alles mit Flaschenwasser bestreiten. Waschen, Kochen und auch die Toilettenspülung. Die Flaschenwasserhersteller freuten sich.

Die britische Umweltbehörde hat die großen Wasserversorger unter die größten Umweltsünder eingereiht.

Verschiedene Konzerne, darunter Anglian, Severn Trent oder Yorkshire Water, wurden zwischen 1989 und 1997 128 mal wegen Umweltverstößen gerügt, angefangen von Lecks bis hin zu illegaler Abwassereinleitung.



## Privatisierung als Flop - das Beispiel Potsdam



1997 wurden 49 % der Potsdamer Wasserbetriebe an die Eurawasser GmbH (Berlin), ein deutsches Tochterunternehmen von ONDEO/ Suez und Thyssen-Krupp/RWE, verkauft. Der Kooperationsvertrag übertrug Eurawasser die Betriebsführung und schränkte die kommunale Einflussmöglichkeit stark ein.

Mit dem (Teil-)Verkauf sollten die Haushaltslöcher gestopft und anstehende Kosten eingespart werden. Den BürgerInnen wurde der Verkauf mit der Aussicht auf sinkende Wasserpreise schmackhaft gemacht.

Statt zu sinkenden Wasserpreisen kam es aber zu wiederholten Gebührenerhöhungen, so dass die Preise von 1998 von knapp 5 DM auf nahezu 9 DM im Jahr 2000 stiegen. Innerhalb der nächsten 17 Jahre wollte Eurawasser die Gebühren noch einmal um 100 Prozent erhöhen, was die Kommune dazu veranlasste, im Juni 2000 die Kooperation mit Eurawasser fristlos zu kündigen. Die Kündigung hat die Stadt eine Rückkaufsumme des Geschäftsanteils in Höhe von 4,9 Millionen Mark gekostet.

Zudem musste eine nicht genannte Abfindungssumme gezahlt werden, so dass letztlich die Haushaltslöcher durch dieses Privatisierungsexperiment größer und nicht kleiner wurden.

# GATS

## General Agreement on Trade in Services Allgemeines Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen

Mit der Gründung der Welthandelsorganisation WTO 1995 trat auch das Dienstleistungsabkommen GATS in Kraft. Es betrifft nahezu alle Dienstleistungsbereiche, darunter Bildung, Gesundheit und Wasserversorgung. Wie die anderen WTO-Abkommen hat GATS eine weltweite Liberalisierung und Deregulierung des Handels zum Ziel.

GATS ist eindeutig ein Abkommen zu Gunsten der großen, international agierenden Konzerne auf Kosten demokratischer und dezentraler Einflussnahme. Bereits die Verhandlungen sind europaweit unter Ausschluss der Öffentlichkeit verlaufen.

Die private Wirtschaft erwartet durch das GATS den Zugang zu bisher geschützten Märkten.

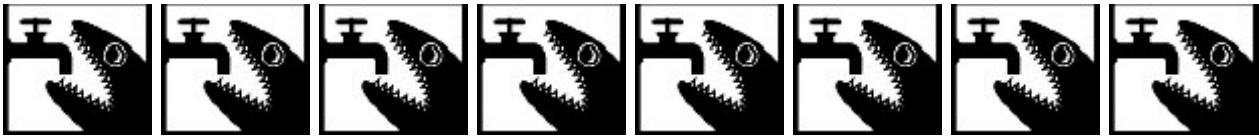
In der EU sind mit RWE (BRD), Veolia (ehemals Vivendi) (F) und Suez (F) die stärksten Unternehmen im Wasserversorgungsbereich ansässig. Daher verwundert es nicht, dass die EU in den GATS-Verhandlungen treibende Kraft für die Liberalisierung der Wassermärkte ist.

Im Frühjahr 2002 hat die EU von 72 Nicht-EU-Ländern gefordert, den Wasserbereich zu liberalisieren. Diese geheim gehaltenen Forderungen wurde erst durch globalisierungskritische NGOs veröffentlicht, was zu großen Protesten von sozial und ökologisch engagierten Gruppen führte.

Letztlich sind durch die GATS-Verhandlungen langfristig Veränderungen bei der Qualität und der Verfügbarkeit von Dienstleistungen, der Möglichkeit staatlicher Regulierungs- und Fördermöglichkeiten sowie der gesellschaftlichen Mitbestimmungsmöglichkeiten zu erwarten.



Karikatur: Equipo Maíz - Gota a gota, el agua se agota. El Salvador



## BürgerInnen entscheiden gegen Privatisierung

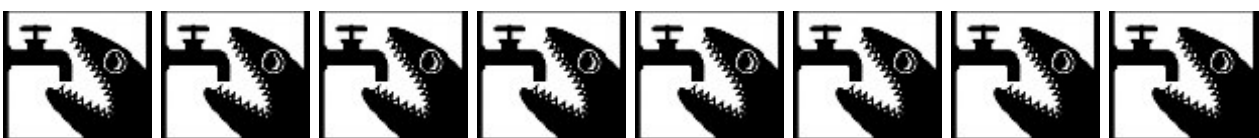
Obwohl immer behauptet wird, dass letztlich die BürgerInnen von den Veränderungen im Trinkwassersektor profitieren sollen, sind die Einflussmöglichkeiten der BürgerInnen auf Privatisierungsentscheidungen relativ gering. Es gibt allerdings in allen Bundesländern die Möglichkeit von kommunalen und landesweiten Bürgerentscheiden. Die formalen Voraussetzungen für die Einleitung und Durchführung sind in den einzelnen Bundesländern sehr unterschiedlich und in jedem Fall abhängig von einem großen Engagement der BürgerInnen: Ein Bürgerentscheid wird nur durchgeführt, wenn das einleitende Bürgerbegehren erfolgreich war. Hierfür müssen je nach Bundesland Unterschriften von 2,5% - 20% der Wahlberechtigten gesammelt werden.

Die überaus klaren Ergebnisse der bisherigen Bürgerentscheide (z.B. gegen die Privatisierung der Stadtwerke Münster und Düsseldorf) weisen darauf hin, dass eine Mehrheit der Bevölkerung Privatisierungen als Lösung der kommunalen Finanzprobleme ablehnt.



## Hamburger Bürgerbegehren gegen Privatisierungsvorhaben des Senats erfolgreich!

In Hamburg setzt sich ein breites Aktionsbündnis aus Umwelt-, Antiglobalisierungs- und Eine-Welt-Gruppen sowie MieterInnen- und VerbraucherInnen-vertretungen mit dem Namen "Unser Wasser Hamburg" für die gesetzliche Festschreibung des städtischen Besitzes an den Hamburger Wasserwerken und eine garantierte Beteiligung der Öffentlichkeit bei grundlegenden zukünftigen Entscheidungen ein. Immer wieder stand in Hamburg die (Teil-)Privatisierung der Wasserwerke zur Diskussion. Noch in jüngster Zeit fanden Gespräche zwischen dem Senat und den global führenden Wasserkonzernen RWE und Véolia statt. Die Hamburger Bevölkerung steht diesem Vorhaben allerdings sehr skeptisch gegenüber und will über die Zukunft ihrer Trinkwasserversorgung mitbestimmen. Das zeigte die enorme öffentliche Unterstützung des von "Unser Wasser" initiierten Bürgerbegehrens, bei dem Anfang September 2004 mehr als doppelt so viele Unterschriften wie erforderlich eingereicht wurden.



# Staudämme

Seit den 1960er Jahren gelten Staudämme als Symbol für Modernisierung, da sie die Energiegewinnung für Industrieanlagen und die Bewässerung großer landwirtschaftlicher Nutzflächen ermöglichen. Die "Entwicklungsländer" erhoffen sich dadurch Industrialisierung und Exportsteigerung, Geld für die Staatskassen und einen höheren Lebensstandard der Bevölkerung.

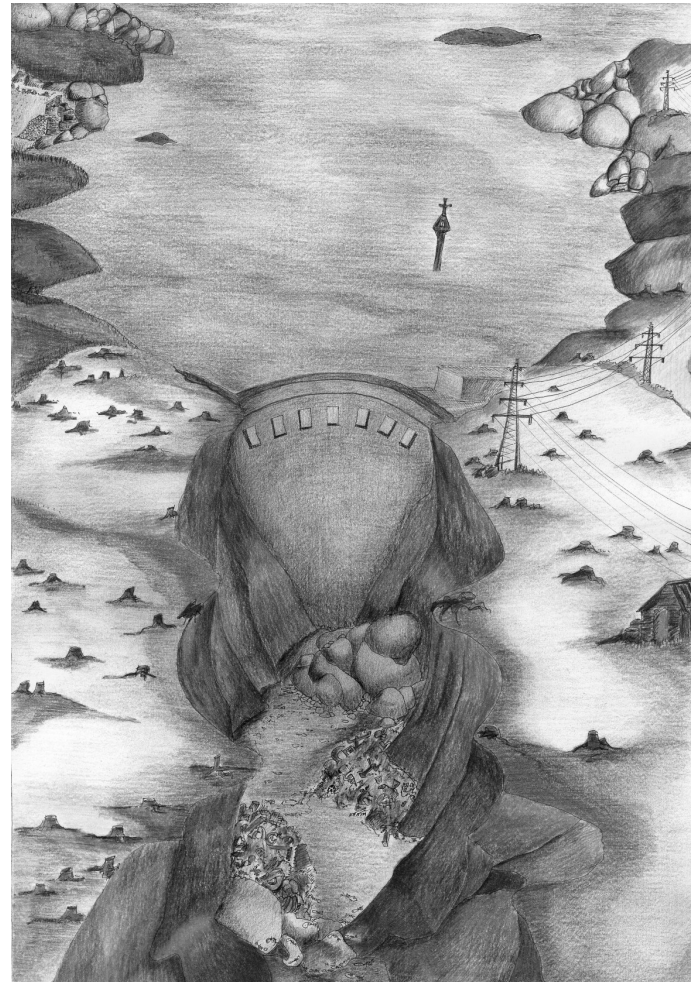
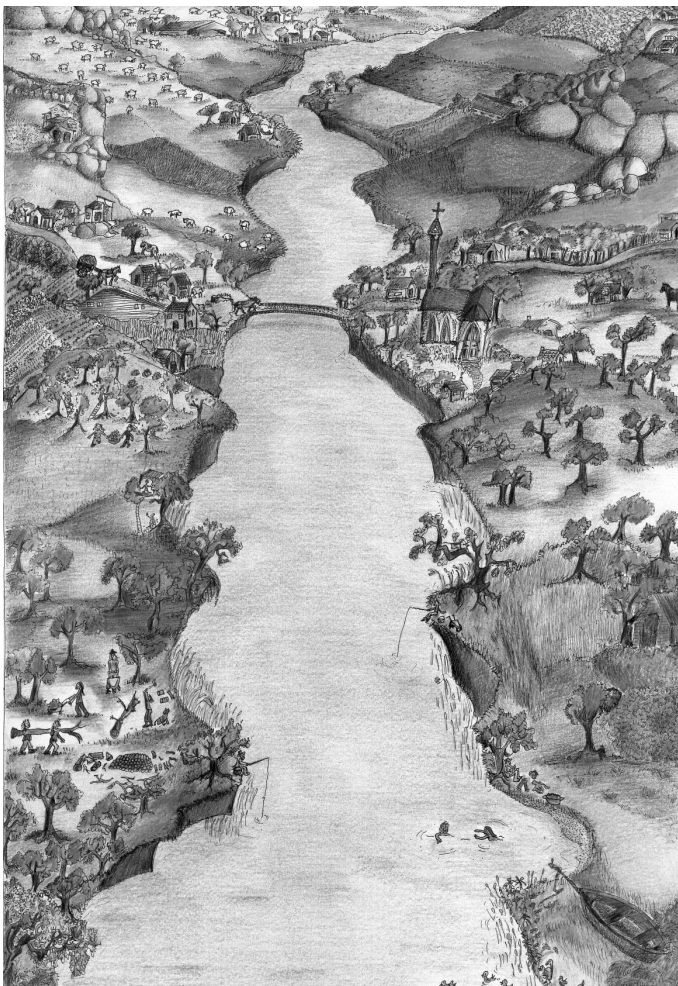
Empfohlen und begleitet werden Staudämme häufig von internationalen Institutionen, wie dem Internationalen Währungsfonds (IWF) oder der Weltbank. Der Bau der Dämme wird von ihnen oft in Kooperation mit Banken, wie z.B. der Westdeutschen Landesbank, finanziert. Die Turbinen und das technische Wissen steuern global tätige Unternehmen bei, darunter deutsche Konzerne wie Siemens, Lahmeyer und HochTief.

## Auswirkungen

Staudambbauten sind immer ein massiver Eingriff in den Naturhaushalt und in die Lebenswelt der Menschen. Daher sind sie mit immensen sozialen, ökologischen und ökonomischen Kosten verbunden:

- \* Vertreibung von Millionen von Menschen; Anwachsen städtischer Elendsviertel durch Vertreibung vom Land
- \* Nicht-Einhaltung zugesagter Entschädigungen
- \* Überflutung von Dörfern und Kulturstätten
- \* Zerstörung traditioneller Lebensweisen (z.B. lokale Selbstversorgung) und Verbreitung von Monokulturen für den Export
- \* Zerstörung von Landschaften und Naturparks; starke Beeinträchtigung der Tier- und Pflanzenwelt
- \* Verschärfung der Schuldenkrise

Die Staudämme in Europa werden häufig durch Regionalfonds der Europäischen Union mitfinanziert. Sie dienen u.a. der Bewässerung von Anbauflächen (v.a. Gemüseanbau für den Export) und der Verbesserung der Wasserversorgung touristischer Gebiete (z.B. zur Bewässerung von Golfplätzen). Die Zwangsumsiedlung und Umweltzerstörung durch Staudambbauten stehen hier in direktem Zusammenhang mit modernem Konsum- und Freizeitverhalten. Innerhalb eines Staates gewinnen Großgrundbesitzer und Fabrikbetreiber beim Bau von Staudämmen, es verlieren Kleinbauern und BewohnerInnen am Flußlauf. Entscheidungen über Staudämme sind für die Öffentlichkeit oft undurchschaubar und undemokratisch und verletzen daher die Menschenrechte. Sie unterliegen wirtschaftlichen und politischen Interessen und ignorieren ökologische und soziale Folgen. Die Lebensbedürfnisse der betroffenen Menschen spielen meist keine Rolle.



# WIDERSTAND

**Auf der ganzen Welt leisten Menschen Widerstand gegen die Kommerzialisierung und Aneignung des Wassers durch Transnationale Konzerne sowie gegen den Bau von Staudämmen.**



Diese Abbildung ist unvollständig. Sie zeigt lediglich einen Ausschnitt der Orte, an denen zur Zeit Kämpfe gegen den Bau von Staudämmen bzw. gegen die Privatisierung von Wasser stattfinden.

**In Südamerika, Afrika, Australien, Europa, Nordamerika und Asien: überall gibt es Aufstände, Proteste, Massendemonstrationen.**

**Vielerorts geht mit diesem Widerstand der Aufbau von basisdemokratischen Strukturen einher.**

**Über Landesgrenzen und Kontinente hinweg schließen sich die Menschen zusammen, helfen sich gegenseitig und vernetzen die lokalen Kämpfe miteinander.**

# Cochabamba: Der "Wasserkrieg" in Bolivien

## Das Wasser wird privatisiert

1999 verkaufte die bolivianische Regierung - u.a. auf Druck der Weltbank und der deutschen GTZ - die öffentliche Wasserversorgung der drittgrößten Stadt Boliviens an den US-amerikanischen Konzern Bechtel. Im Zuge der Privatisierung wurden alle eigenständigen Wassersysteme und Quellen sowie die traditionellen Wassergenossenschaften enteignet.

In diesen unabhängigen Institutionen hatten sich jene BewohnerInnen Cochabambas, die nicht vom öffentlichen Wasserwerk versorgt werden (etwa 50% aller Haushalte) seit Beginn der 1990er Jahre erfolgreich selbstorganisiert. Bechtel erklärte die individuelle Wasserbeschaffung kurzerhand für illegal und veranlasste die Verriegelung der Pumpen mit Vorhängeschlössern. Damit waren zahlreiche Haushalte komplett von der Wasserversorgung abgeschnitten.



„Das Wasser gehört uns. Verdammt nochmal!“

## „Das Wasser ist unser!“

Ein großer Teil der Bevölkerung Cochabambas lebt in Armut. Als die Wasserpreise kurz nach der Privatisierung um das Zwei- bis Dreifache stiegen und die Menschen sogar für die Nutzung von Brunnen zahlen sollten, die sie selber gebaut und über Jahre instand gehalten hatten, entbrannten heftige Proteste: Straßen wurden blockiert, Betriebe bestreikt sowie ein Volksentscheid durchgeführt. Die BewohnerInnen, die Wasserkomitees und zahlreiche soziale Organisationen schlossen sich zusammen und kämpften vereint für die Rücknahme des Verkaufs.



Die Frauen von Cochabamba kämpften in den ersten Reihen

## Staatliche Gewalt gegen die aufständische Bevölkerung

Die Regierung Boliviens beantwortete den Aufstand mit Gewalt durch Polizei und Militär und provozierte so einen regelrechten "Wasserkrieg", der Hunderte Verletzte und fünf Tote zur Folge hatte. Erst nachdem ein 17-Jähriger bei den Protesten von der Polizei erschossen wurde und die Proteste außer staatliche Kontrolle gerieten, machte die Regierung im April 2000 den Verkauf rückgängig.

## Der Widerstand hat sich gelohnt!

Das Wasserwerk wurde in die Trägerschaft der öffentlichen Hand überführt und dabei grundlegend reformiert: Der Kommerzialisierung wurde eine eindeutige Absage erteilt und der soziale Charakter der Wasserversorgung rückte in den Vordergrund. Korruption soll durch ein Regelwerk sozialer und demokratischer Kontrolle verhindert werden. In allen Angelegenheiten der Wasserversorgung haben die BewohnerInnen und die traditionellen Wasserkomitees heute weitgefaste Mitspracherechte.

## Internationalisierung des Widerstandes

Ein großes Netzwerk von globalisierungskritischen Gruppen aus Bolivien, Kanada, den USA, Indien und Brasilien kam im Dezember 2000 in Cochabamba zusammen und verabschiedete die "Erklärung von Cochabamba", in der Wasser als unverkäuflich und als allgemeines Menschenrecht deklariert wird. Weltweit solidarisierten sich Menschen mit den CochabambinerInnen und protestierten vehement gegen die „Schadensersatzforderung“ von Bechtel, so z.B. in San Francisco, wo soziale AktivistInnen im Oktober 2002 die Geschäftszentrale des Konzerns besetzte.



# Johannesburg: Widerstand gegen die Kommerzialisierung von Wasser



Seit Ende des Apartheidregimes gibt es in Südafrika ein allgemeines Recht auf Trinkwasser. Millionen von Menschen hatten erstmals Zugang zur öffentlichen Wasserversorgung. Zugleich findet jedoch auch ein Prozess der Kommerzialisierung und Privatisierung von Wasser statt. Er macht die Umsetzung dieses Rechtes praktisch unmöglich.

Die Kommerzialisierung begann mit der Installation von Wasserzählern. Jedem Haushalt steht eine kostenlose Mindestmenge an Wasser zu, die den Grundbedarf aber nicht deckt. Wer mehr braucht, muss zahlen. Wer nicht zahlen kann, dem wird kurzerhand der Hahn zugezogen! An öffentlichen Brunnen wird das Wasser nur noch gegen Vorkasse abgegeben. Um an Wasser zu kommen, müssen die EinwohnerInnen Karten erwerben, die immer wieder gegen Barzahlung elektronisch aufgeladen werden.

In den Armutsvierteln, in denen auch heute noch der Großteil der schwarzen Bevölkerung lebt, können die meisten Menschen für die hohen Kosten eines eigenen Anschlusses nicht aufkommen. 10 Millionen Menschen sind nicht ans Versorgungsnetz angeschlossen. Da viele kein Einkommen haben, können sie sich auch keine Geldkarten für Brunnenwasser kaufen.

Als im Township Kwa Zulu-Natal die Karten-Zähler installiert wurden, infizierten sich 120.000 Menschen mit Cholera. Dreihundert Menschen starben. Sie hatten keine andere Alternative, als auf das verseuchte Flusswasser zurückzugreifen.

## **„Zerstört die Zähler, genießt das Wasser!“**

Vielorts regt sich Widerstand: die Menschen demonstrieren zu Tausenden in den noblen Vierteln der weißen Elite gegen diese „moderne Form der Apartheid“; lokale Selbsthilfegruppen öffnen gesperrte Wasseranschlüsse; Zähler an öffentlichen Brunnen werden zerstört und das Wasser dadurch wieder frei zugänglich gemacht.

Die Proteste richten sich auch gegen internationale Institutionen, wie Weltbank und IWF, die mit ihren Auflagen Südafrika zur Privatisierung drängen. In der Kritik stehen ebenfalls Transnationale Konzerne, z.B. Suez (Frankreich), der einen Großteil der Wasserversorgung in Johannesburg aufgekauft hat und für die Preiserhöhungen verantwortlich ist, oder Siemens (BRD), den Produzenten der verhassten Wasserzähler.



## **„Wasser umsonst - und zwar für alle!“**

Ein breites außerparlamentarisches Oppositionsbündnis fordert von der südafrikanischen Regierung die Demontage der Wasserzähler sowie die Bereitstellung von 50 Litern Wasser täglich - pro Person und kostenlos! Mit einer Tarifierhöhung für Großkunden soll dieses soziale Projekt querfinanziert und damit dem „Recht auf Wasser für alle“ Rechnung getragen werden.



# Plachimada: Ein Dorf in Indien wehrt sich gegen den Ausverkauf seiner Wasservorräte

## Coca-Cola gräbt einer ganzen Region das Wasser ab

Im indischen Staat Kerala kaufte der Coca-Cola Konzern ein Gebiet in der Größe von 40 Fußballfeldern. Auf dem Grundstück befinden sich 60 Bohrlöcher, mit denen täglich 600.000 Liter Wasser gefördert werden. Seit der Inbetriebnahme der Flaschenwasserfabrik ist der Grundwasserspiegel in der Region erheblich gesunken; die Brunnen in den umliegenden Dörfern geben kaum noch Wasser her. Das wenige noch vorhandene Wasser kann nur noch zum Putzen verwendet werden, es ist ungenießbar und enthält viele Schadstoffe. Coca-Cola hat der heimischen Bevölkerung förmlich das Wasser abgegraben.



## Das Geschäft mit dem Flaschenwasser

Über 90 Milliarden Liter Wasser werden jährlich in Flaschen abgefüllt und verkauft. Großkonzerne wie Nestlé (Pure Life), Danone (Volvic, Evian), Coca-Cola (z.B. Bonaqua) und Pepsi machen satte Gewinne mit dem Flaschenwasser. Der Jahresumsatz beläuft sich insgesamt auf über 20 Milliarden Euro - Tendenz steigend.

## Doch Plachimada wehrt sich

Eines der betroffenen Dörfer ist Plachimada. Die 2000 Einwohnerinnen und Einwohner leisten seit Jahren erbitterten Widerstand gegen den Ausverkauf ihrer Wasservorräte. Sie wollen, dass Coca-Cola aus Plachimada verschwindet und dass sie ihr Wasser wieder nutzen können. Nachdem Beschwerden und Demonstrationen die Situation nicht änderten, zog der Gemeinderat vor das Regionalgericht und verklagte Coca-Cola. Per Gesetz wurde die Wassermenge, die der Konzern fördern darf, deutlich begrenzt. Außerdem stellte der Gerichtshof fest, daß das Wasser der Öffentlichkeit gehört und nicht dem jeweiligen Grundbesitzer.



Demonstrant bei den Protesten gegen die WTO in Cancún / Mexiko, September 2003



"Lassen wir es nicht zu, dass die großen Geschäftemacher die Welt regieren".



Die Demonstrierenden scheinen nicht der Ansicht, dass die Privatisierung „dem Wohle des Volkes dient“.

# Itoiz: Staudamm gegen Mensch und Umwelt



Einer der beiden Flüsse, die durch den Itoiz-Damm gestaut werden.

Nahe des nordspanischen Dorfes Itoiz staut sich ein See, der neun Dörfer, drei Naturparks sowie 1100 Hektar Wald und Ackerland unter sich begräbt. Der Staudamm selbst ist so hoch wie der Kölner Dom und so lang wie fünf Fußballfelder. Seltene Tierarten (Fischotter, Königsuhu, Steinadler) wurden durch den Bau vertrieben, wertvolle Bauten und Kulturgüter überflutet. Viele Menschen wurden umgesiedelt und mit ihnen verschwand die traditionelle Lebensweise der Menschen rund um Itoiz. Die offizielle Begründung für den Bau des Staudamms lautet: Verbesserung der landwirtschaftlichen Bewässerung in Navarra, Deckung des Trinkwasserbedarfs der Stadt Pamplona und Stromerzeugung durch ein neues Kraftwerk. Allerdings sind bisher keine Bewässerungskanäle in Planung, und Pamplona erhielt schon vor dem Staudammbau vier mal mehr Wasser als spanische Großstädte im Durchschnitt bekommen. Außerdem überflutet der Stausee vier schon existierende Kraftwerke, die bereits zwei Drittel der Strommenge des neu geplanten Kraftwerkes erzeugten.



Das Dorf Artozki kurz vor der Zerstörung und Überflutung

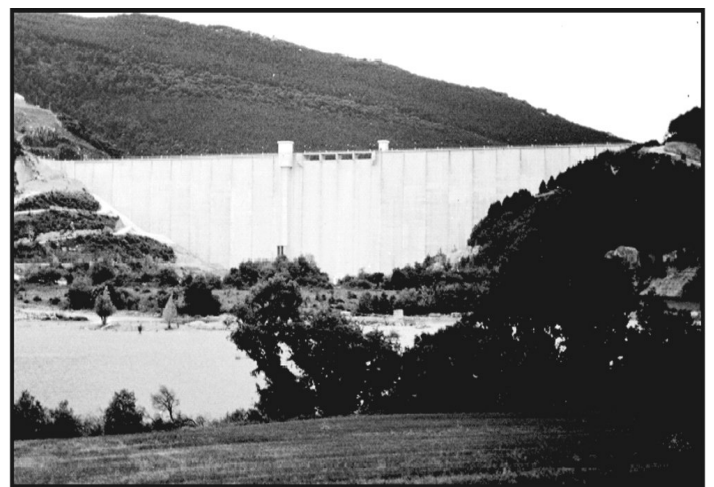


Ohnmächtige Wut gegen die offizielle Politik: „Henker und Scheißkerle“

## Widerstand gegen ein illegales Projekt

Mit dem Staudammbau wurde schon begonnen, obwohl die ökologischen und sozialen Folgen noch nicht untersucht waren. Der nationale Gerichtshof Spaniens erließ 1995 zwar den Stopp des Staudamms. Politisch gedeckte Wirtschaftsinteressen drängten jedoch zum illegalen Weiterbau. Die Aktionsgruppe Solidari@s con Itoiz widersetzte sich mit verschiedenen Aktionen, was einigen AktivistInnen mehrjährige Gefängnisstrafen einbrachte.

Mehrere Besetzungen der Baustelle und die Besiedlung verlassener Dörfer im Tal konnten den Weiterbau nicht stoppen. Nachdem Hunderte AktivistInnen in das Dorf Artozki gezogen waren, um die Zwangsräumung der letzten Häuser zu verhindern, wurde im September 2003 mit massiver Polizeigewalt geräumt. Kurz danach gab auch der Europäische Gerichtshof trotz vieler Bedenken grünes Licht: im Januar 2004 wurde das Tal geflutet.



Der Itoiz-Staudamm: Beton, so hoch wie der Kölner Dom

## Teil 2:

### Vertiefende Artikel zum Thema Wasser



Fischer in San Lorenzo, Honduras

# Der Plan Puebla-Panamá und die Staudammprojekte am Usumacinta

Im Rahmen des Plan Puebla-Panamá, einem neoliberalen Großvorhaben in Südmexiko und Zentralamerika, sind u.a. zahlreiche Staudammprojekte vorgesehen. Hierzu gehören die geplanten Staudämme am Fluss Usumacinta zwischen Peten (Guatemala) und Chiapas (Mexiko). Die Umsetzung würde die Vertreibung zahlreicher Gemeinden, die Überflutung weiter Regenwaldflächen und mehrerer Mayaruinen bedeuten.<sup>1</sup>



## Der Plan Puebla-Panama

Im März 2001 gab der mexikanische Präsident Vicente Fox seinen Vorschlag für ein umfassendes wirtschaftlich-politisches Großvorhaben in Südmexiko und Zentralamerika, den Plan Puebla-Panamá (PPP), bekannt.

Das erklärte Ziel ist die wirtschaftliche Entwicklung der Region, um der Bevölkerung einen Ausweg aus der Armut zu bieten. Das Vorhaben soll durch Infrastrukturprojekte (Straßen, Energie- und Telekommunikationsnetzwerke,...), ökonomische Maßnahmen (Handelserleichterungen, Förderung des Tourismus und der Vermarktung der Biodiversität,...) und durch eine „nachhaltige und menschliche Entwicklung“ erreicht werden. Betont wird, dass die betroffene Bevölkerung an Entscheidungsprozessen beteiligt werden soll.

Herbert Taylor Arthur, Leiter des PPP-Büros in Mexiko Stadt, versicherte im Interview, „dass die Region in den nächsten 20 Jahren eine Region sein wird mit einer enormen dynamischen Entwicklung, mit der Verringerung der Armuts- und Reichtumsunterschiede, mit einem hohen Bildungsniveau, mit einem wichtigen Demokratisierungsniveau, mit einem hohen Grad an Gerechtigkeit und Lebensqualität für ihre hervorragende Bevölkerung. Die Rücksichtnahme auf die Umwelt und der Respekt gegenüber Gemeinden und der indigenen Kultur werden zu Symbolen des Fortschritts und der Entwicklung der Region“.

Viele (inter-)nationale Menschenrechtsgruppen, JournalistInnen, NGOs, Intellektuelle und die Betroffenen kritisieren den PPP scharf. Die vorgesehenen Projekte würden sich nicht an den Bedürfnissen der breiten Bevölkerung orientieren, sondern notwendige Voraussetzungen für Investitionen internationaler Konzerne schaffen.

<sup>1</sup> Das Filmteam Dorit Siemers und Heiko Thiele (Zwischenzeit e.V.) reiste 5 Monate durch Mexiko und Mittelamerika, um „Entwicklungsvorhaben“ zu dokumentieren. Zu diesen zählen u.a. diverse Staudammprojekte.

Der PPP ist ein typisches Beispiel für das Agieren von neoliberalen Eliten, die in ihren Diskursen gerne „nachhaltige Entwicklung“, „Beteiligung der Bevölkerung“ und „Armutsbekämpfung“ anführen.

Doch die Absicht hinter der Fassade wird bei einer näheren Betrachtung schnell eindeutig: das Bestreben, einen leichteren Zugang zu menschlichen und natürlichen Ressourcen zu erlangen, um ökonomische und politische Machtpositionen erhalten oder ausbauen zu können.



## Staudammbau am Fluss Usumacinta

Die Nachfrage nach Energie und Wasser, die durch den PPP gesteigert wird (Industrie, Landwirtschaft und Tourismus), soll vorrangig durch Staudämme gedeckt werden.

Ein Beispiel sind die Projekte am Usumacinta. Der Fluss trennt die Bundesstaaten Chiapas in Mexiko und Peten in Guatemala und durchfließt eines der artenreichsten Regenwaldgebiete der Welt. Die Planung, am Usumacinta Staudämme zu errichten, besteht bereits seit 20 Jahren. Aber aufgrund nationaler und internationaler Proteste mussten die mexikanische und guatemaltekeische Regierung das Vorhaben zurücknehmen. Der Entwurf wurde überarbeitet, so dass die Auswirkungen der Staudämme „so gut wie nicht sichtbar“ seien, wie uns Eduardo Perez von der mexikanischen Föderalen

Elektrizitätskommission CFE mitteilte. Der Entwurf sieht insgesamt fünf Staustufen vor. Allein die erste Staumauer *Boca del Cerro*, die nahe Tenosique im mexikanischen Bundesstaat Tabasco gebaut werden soll, hat eine Höhe von 135m. Der See würde eine Fläche von 1645 km<sup>2</sup> überfluten - 530 km<sup>2</sup> in Mexiko und 1115 km<sup>2</sup> in Guatemala. Die Kosten belaufen sich auf schätzungsweise 5 Mrd. US- $\text{\$}$ .

Unter den Wassermassen würden neben einzigartigen Regenwäldern auch zahlreiche indigene Gemeinden und Maya-Ruinen wie Yaxchilan verschwinden.

Dem offiziellen Dokument *Proyecto Binacional 'Boca del Cerro'* <sup>1</sup> zufolge ist der Staudammbau wichtig, um die wachsenden politischen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Probleme wie Regenwaldabholzung und fehlende Arbeitsplätze in der Grenzregion lösen zu können: *"Mit der Konstruktion des Projektes ist es machbar, dass die Regenwaldressourcen bewahrt werden und sich regenerieren werden.*

*Das bedeutet, dass der natürliche Kreislauf wieder hergestellt wird und sich neue Gemeinden rund um den zukünftigen See ansiedeln, die mit allen Basisdienstleistungen ausgestattet sein werden - Wasser, Bewässerungssysteme, Elektrizität, Schulen, Kliniken - und es ein großes Angebot an Arbeitsplätzen in modernen Agrar- und Manufakturindustrien, in der Fischerei und im Tourismus geben wird"*.

## Die Projektrealisierung

Auf beiden Seiten des Flusses gibt es erste Anzeichen für den Beginn des Staudammbaus. In Guatemala versuchten Mittelsmänner im Jahr 2002, Ländereien von Gemeinden am Usumacinta zu kaufen. Eine von diesen ist La Tecnica, die nach dem Bauende ca. 20m unter der Wasseroberfläche verschwinden wird.

Viele BewohnerInnen von La Tecnica haben während des 36 jährigen Bürgerkrieges schon einmal ihr Zuhause verloren, als im Juli 1981 die guatemaltekeische Armee das Dorf vollständig niederbrannte. Ein Großteil der Personen, vor allem die Frauen und Kinder, flohen nach Mexiko. Andere schlossen sich der Guerilla an und kämpften gegen die Armee. 1990 kehrten die ersten Familien zurück und begannen das Dorf von neuem aufzubauen.



Mittlerweile leben wieder 76 Familien in La Tecnica, die ihr Land zum Teil gemeinschaftlich und zum Teil partiell bewirtschaften. In regelmäßigen Versammlungen diskutieren und beschließen die BewohnerInnen gemeinsam die Angelegenheiten der Gemeinde. Die BewohnerInnen lehnen den Staudammbau strikt ab und kämpfen dafür, dass die Staumauer nicht gebaut wird. *„Wir haben eine Menge Leute hier im Peten, die nicht damit einverstanden sind“ – so ein Bewohner. „Es könnte Aktionen geben, die den Unternehmen und der Regierung sehr weh tun werden, weil sie sich nicht mit uns absprechen. Dieses Land ist mit so viel Mühe bezahlt worden. Wir konnten es bezahlen und deshalb werden wir soweit es geht dafür kämpfen, dass sie uns nicht überfluten. Wir hoffen, dass es internationale Unterstützung gibt.“*

Die BewohnerInnen von La Tecnica sprechen von *„einem weiteren Krieg, aber mit einem anderen Charakter.“* Sie verurteilen das Vorgehen der guatemaltekeischen Regierung, da sie weder informiert, geschweige denn befragt wurden.

Im mexikanischen Tenosique errichtete die CFE bereits Häuser für die Ingenieure und warb Arbeiter an. Darüber hinaus werden gegenwärtig Hochspannungsmasten gebaut: vom Boca del Cerro in das Regenwaldgebiet Selva Lacandona. Da die Leitungen auch zapatistisches Territorium überqueren sollen, gibt es anhaltende Konflikte zwischen der CFE und den zapatistischen Gemeinden, die die Weiterarbeiten behindern. Gespräche zwischen der CFE und dem zuständigen Verwaltungsgremium der Zapatistas, der *Junta der guten Regierung* von Roberto Barrios, brachten keine Einigung. Die Zapatistas lehnen das Projekt entschieden ab: nicht nur, weil viele Gemeinden und Natur überflutet würden, sondern weil die produzierte Energie für wirtschaftliche Großprojekte wie Gummibaum-Plantagen, Tourismus und Biotechnologiestationen in der Selva Lacandona gedacht ist. *„Die Argumente der Regierung widersprechen sich“, so die Junta. „Auf der einen Seite sagt sie, dass sie die Gemeinden im Regenwald mit Strom versorgen will. Gleichzeitig droht die Regierung mit Vertreibungen der Bewohner, die in der Selva wohnen. Wie ist es möglich dass sie die Gemeinden mit Licht versorgen wollen und auf der anderen Seite bedrohen sie die Gemeinden mit Vertreibungen? Für wen ist dann also die Energie der Hochspannungsleitungen gedacht? Außerdem nutzen die indigenen Gemeinden keine Apparate, die Hochspannungsstrom benötigen.“*



Überflutungsgefährdet: Die Maya-Ruinen von Yaxchilán im Lakandonischen Regenwald in Chiapas/Mexiko

## Widersprüche und Strategien

Obwohl die Anzeichen für den Staudambau mehr als deutlich sind, streiten offizielle mexikanische und guatemalteckische Stellen die Durchführung ab. Der Energieminister von Guatemala Raúl Archila teilte den Gemeinden am Usumacinta auf Anfrage 2002 mit: *"Wir können Ihre erklärte Sorge bzgl. der Konstruktion der Staudämme am Usumacinta, Pasión und Salinas nicht teilen, da kein Projekt von diesen weder im Rahmen des Plan Puebla Panama noch in Form eines bilateralen Projektes zwischen Guatemala und Mexiko existiert; und weil aus den gleichen Gründen keine Projekte existieren, gibt es auch keine Informationen über dieses."* Betroffene und NGOs werten diese Vorgehensweise als Taktik der Regierung, um die Bevölkerung ruhig zu halten und Widerstand zu verhindern.

Im Dokument des PPP werden soziale und ökologische Ansprüche deklariert, die mit dem Staudammprojekt keineswegs eingehalten werden. So wurde die Bevölkerung weder befragt noch beteiligt. Zudem ist die Überflutung von Urwäldern und die Ansiedlung von Industrie-, Landwirtschafts- und Tourismuszentren in Regenwaldgebieten keineswegs umweltschonend.

## Nein zum Boca del Cerro !

Nicht nur die betroffenen Gemeinden, sondern auch nationale und internationale Organisationen lehnen den Bau der Staudämme ab. Unabhängige Organisationen aus Mexiko und Guatemala befürchten, dass die Staudämme eine soziale und kulturelle Katastrophe herbeiführen. Ihren Kalkulationen zufolge werden innerhalb der nächsten fünf Jahre bis zu eine Million Menschen umsiedeln müssen. Die Wassermassen zerstören etwa 300 archäologische Orte, Gebiete des Biosphärenreservats Maya und des Lakandonischen Regenwaldes. Die Bevölkerung reagiert mit regionalen Protestaktionen. Aber auch auf (länderübergreifenden) Foren wird die Ablehnung gegen die Staudämme und den PPP in Deklarationen öffentlich gemacht.

Für die GegnerInnen steht fest: Der PPP ist ein *Plan Para los Poderosos* – ein *Plan für die Mächtigen*. Was sie wollen, ist ein Plan, der auf ihre Interessen und Bedürfnisse zugeschnitten ist: ein *Plan Para los Pueblos* – ein *Plan für die Völker*.

<sup>1</sup> [www.mexicotm.com/interior/p/p\\_boca\\_cerro.html](http://www.mexicotm.com/interior/p/p_boca_cerro.html)

# Der Garnelenring

## Industrielle Garnelenzucht zerstört die Natur und die Lebensgrundlage der Küstenbevölkerung in Guatemala und Honduras

*„Sie sagen, dass es Entwicklung ist, aber es ist keine Entwicklung, sondern Tod und Zerstörung.“ (Fischer aus Guatemala)*

Mit der „Blauen Revolution“ begann in den 1980er Jahren ein neues Kapitel der industriellen Massenproduktion. Weltbank und IWF förderten den weltweiten Ausbau der küstennahen Aquakulturen. Die Versprechungen von wirtschaftlichem Aufschwung und Armutsbekämpfung haben sich in Mittelamerika nicht erfüllt. Zwei Jahrzehnte später hat die multinationale Garnelenindustrie große Teile der Mangroven abgeholzt, die Fischerei geschädigt und die lokalen Märkte geschwächt. Mit Hilfe des „Plan Puebla-Panamá“ (PPP) soll nun die industrielle Zucht ausgeweitet werden. Der PPP erstreckt sich von Südmexiko bis Panamá und zielt u.a. auf den Ausbau der Infrastruktur, den Bau von Staudämmen und die Ausweitung der Niedriglohnindustrie ab. Organisationen befürchten eine Verschärfung der Lebenssituation, sollte die Garnelenzucht weiter expandieren.

Das Filmteam Dorit Siemers und Heiko Thiele (Zwischenzeit e.V.) reiste 5 Monate durch Mittelamerika. Der Film analysiert die industrielle Garnelenzucht in Guatemala und Honduras.



Enormer Verbrauch von Süßwasser und hohe Umweltverschmutzung bei der industriellen Shrimpszucht: Entleerung eines Zuchtbeckens, Honduras.

Garnelen, auch Shrimps genannt, sind mittlerweile ein fester Bestandteil in unseren Supermärkten geworden. Galt die Delikatesse früher als teures Luxusprodukt, so hat die intensive Zucht zu einem starken Preisverfall geführt. In den letzten Jahren ist die Nachfrage nach Garnelen kontinuierlich gestiegen. Obwohl jedeR BundesbürgerIn im Jahr 2003 durchschnittlich 1,4 kg der Tiere verspeist hat, sind vielen VerbraucherInnen die Produktionsmethoden unbekannt.

Entlang der subtropischen und tropischen Küsten erstrecken sich die Mangrovenwälder. Der Lebensraum zählt zu den produktivsten Ökosystemen weltweit. Er bietet Schutz vor Fluten und Hurricanen, mindert die Küstenerosion und sichert die Artenvielfalt. Mangroven mit ihrem verflochtenen Wurzelsystem beherbergen eine Vielzahl an Pflanzen und Tieren und dienen Fischen, Garnelen, Krebsen als Laichplatz. Hier beginnt auch der Lebenszyklus der tropischen Garnelen. Für die Selbstversorgung und die lokalen Märkte ist die traditionelle Garnelenfischerei in vielen tropischen Ländern von existentieller Bedeutung.



Die artenreichen Mangrovenwälder fallen der industriellen Shrimpszucht zum Opfer. Die Folgen: Artensterben und Wegfall des Küstenschutzes.

Für die riesigen Zuchtbecken holzen die Konzerne weite Küstenteile in Asien, Süd- und Mittelamerika und neuerdings Afrika ab. Auch an der Pazifikküste von Guatemala und Honduras haben sich zahlreiche Shrimpsfarmen und Verarbeitungsindustrien niedergelassen. In dem guatemaltekischen Fischerdorf Champerico treffen wir Enrique Bonilla. Er ist Mitglied einer Umweltorganisation, die im lateinamerikanischen Redmanglar (Mangrovennetz) aktiv ist. Mit seiner Hilfe gelingt uns der Eintritt in eine streng gesicherte Shrimpsfarm. In den 34 Becken werden über 200 000 Garnelen/ha gezüchtet. Um die Gesundheit der Tiere zu gewährleisten, wird täglich 30-50 % des Beckenwassers ausgetauscht. Der hohe Bedarf lässt den Wasserspiegel der Mangrovenwälder sinken und den Salzgehalt ansteigen. Aus Angst, den gesamten Shrimpsbestand durch Seuchen zu verlieren, setzen die Farmenbesitzer große Mengen an Chemikalien und Antibiotika ein. Mehrere Präparate sind mittlerweile in der EU verboten, da sie Krebs und Mutationen erzeugen können. So auch Neguvon von Bayer. Der Konzern streicht in den Ländern ohne staatlichem Kontrollsystem immer noch hohe Gewinne ein.

Der ständige Wasseraustausch schwemmt die Substanzen in die Natur. Viele der Mittel töten oder schädigen Fische, Vögel, Krebse und Pflanzen. Der ansässige Fischer Eduardo Lopez berichtet uns von der Verschlechterung der Lebensverhältnisse. Die Privatisierung ehemals gemeinschaftlich genutzter Gebiete und das illegale Vorgehen des Sicherheitspersonals der Farmen habe die Situation extrem verschärft. Der Zugang zu den Mangrovenwassern wird den Fischern häufig mit Waffengewalt und durch elektrische Zäune versperrt. Die Shrimpsindustrie verteidigt diese Maßnahmen und sieht in ihnen einen wirksamen Schutz gegen Diebe. 2001 sind zwei Fischer von Wächtern getötet worden. Redmanglar fordert seit längerem die Aufklärung der Morde und die Einhaltung der Gesetze. Durch die Zerstörung und Verseuchung der Mangroven haben sich die Fangmengen stark verringert. Oft reichen sie nur noch für den Eigenbedarf. Einnahmen für Nahrung, Kleidung oder Medikamente können durch den Verkauf auf dem lokalen Markt immer weniger erzielt werden.

In Honduras ist die Situation noch dramatischer. Eine Woche begleiten wir die Organisation CODDEFFAGOLF durch den Golf von Fonseca, in dem knapp 700 000 Menschen leben. Die Bucht ist zum produktivsten Zuchtgebiet Mittelamerikas aufgestiegen. 252 Farmen bewirtschaften eine Fläche von knapp 19 000 Hektar. Nach Kaffee sind die Garnelen zum zweitwichtigsten Exportgut geworden. Hierfür sind nahezu 70 % der Mangroven im Golf zerstört worden.

Angesichts der hohen Gewinne des Geschäfts werden die Grenzen zur Illegalität schnell überschritten. Obwohl laut Fischereigesetz von 1958 die industrielle Shrimpszucht aufgrund der Abholzung und Kontamination gesetzeswidrig ist, werden weiterhin Konzessionen vergeben und die industrielle Zucht selbst in Naturschutzgebieten geduldet. Wird eine Shrimpsfarm nach einigen Jahren aufgegeben, sind Verschmutzung und Verdichtung des Bodens gravierend. Die natürliche Regeneration der chemisch angereicherten und versalzten Areale ist kaum möglich.

Trotz der verheerenden Auswirkungen ist die finanzielle und politische Unterstützung des Wirtschaftszweiges ungebrochen. Es existiert eine enge Zusammenarbeit zwischen Regierung bzw. Ministerien, Unternehmen und Geldgebern. Der Staat verabschiedete bereits in den 80er Jahren eine Richtlinie, um die Ansiedlung international tätiger Unternehmen zu fördern. Sie setzt niedrigere Steuer- und Zollsätze u.a. für die Einfuhr von Maschinen, Ersatzteilen, Rohstoffen und Verpackungen fest. Aber nur die Shrimpsindustrie profitiert von den Vergünstigungen. Justo Garcia von CODDEFFAGOLF kritisiert die ungleiche Behandlung im Fischereisektor. Sie habe erhebliche Auswirkungen auf die Stabilität der lokalen Märkte.





Lagune in Boca del Cielo, Chiapas / Mexiko

Die Schaffung von Arbeitsplätzen im Shrimpssektor war und ist das erklärte Ziel der verschiedenen Regierungen Honduras. Die neuen Jobs sollten die Armut im Golf mindern und der gesamten Wirtschaft Aufschwung verleihen. Beides ist nicht eingetreten. Ein Großteil der Gewinne aus der industriellen Zucht fließt ins Ausland. Zudem belegen Organisationen wie Tropico Verde, CODDEFFAGOLF und Greenpeace in ihren Studien, dass auf einer Farmfläche von 10 Hektar höchstens ein Angestellter arbeitet. Vor der Abholzung der Mangroven verdienten sich dort über 100 Familien ihren Unterhalt durch Fischfang.

Die Garnelenindustrie hat die ökologischen, ökonomischen und sozialen Bedingungen im Golf gestört. Die Fischbestände sind stark zurückgegangen – die Einkommen der Fischerfamilien reichen kaum noch zum Leben. So sind viele Menschen aus ökonomischen Gründen gezwungen, in Shrimpsfarmen oder -fabriken zu arbeiten, da die Industrie ihre traditionellen Einkünfte zerstört hat.

Der Widerstand gegen die Auflösung regionaler Wirtschaftskreisläufe und die Zerstörung der Mangroven ist ungebrochen. Zahlreiche Konflikte zwischen Shrimpsindustrie und Gegnern prägen die Vergangenheit des Golfes. 12 Fischer wurden bereits in der Nähe der Farmen ermordet. Mit Demonstrationen und politischen Aktionen machen die Menschen auf ihre Situation aufmerksam und fordern die Aufklärung der Morde.

Deutschland ist einer der wichtigsten Importeure von Garnelen aus Guatemala und Honduras.

Das Emdener Unternehmen Costa, das zur Oetker-Gruppe gehört, bezeichnet sich selbst als „führenden Anbieter von tiefgekühlten Meeresspezialitäten“ in Deutschland. Eine Stellungnahme vor der Kamera lehnte der Konzern ab. Schriftlich teilte man uns mit: „COSTA lehnt den Einsatz von Chemikalien in der Shrimpszucht grundsätzlich ab (...) In den Betrieben der Lieferanten wird das Personal überdurchschnittlich bezahlt; auch die Sozialleistungen sind überdurchschnittlich.“

Die honduranische und guatemaltekische Wirklichkeit sieht anders aus !

Für Filmbestellungen und –veranstaltungen bitte schreiben an: [liste@zwischenzeit-muenster.de](mailto:liste@zwischenzeit-muenster.de)

Wir erhalten einen Besichtigungstermin in der größten Verpackungsfabrik für Garnelen in Lateinamerika. Auch das Unternehmen in San Lorenzo profitiert von den Steuer- und Zollvergünstigungen. Die ArbeiterInnen, die in den gekühlten Hallen am Fließband stehen, werden saisonal für wenige Monate eingestellt. Ein ehemaliger Angestellter bestätigt die Kritik an den Arbeitsbedingungen, zu denen niedrige Löhne, zeitbegrenzte Verträge, Gesundheitsrisiken, (sexuelle) Belästigungen und direkte Kündigungen zählen.

Zelaya Giron, Direktor vom Dachverband der Shrimpsindustrie ANDAH, verweist im Interview auf die nachhaltige Entwicklung im Shrimpssektor und die Verbesserung der Umweltsituation im Golf. Die Fahrt durch die kontaminierten Gebiete zu den Aufbereitungsbecken der Verpackungsfabrik zeigt jedoch das Gegenteil. Die „Reinigung“ der Abwässer soll durch Ablagerung der angereicherten Partikel erfolgen. Doch nachts öffnen sich die Schleusen und das Schmutzwasser wird in die Mangroven abgelassen. Die Menschen, die in der Nähe der Anlage leben, leiden unter Hautkrankheiten, Durchfall und Kopfschmerzen.



Einpackfabrik für Shrimps in San Lorenzo, Honduras

Con **Neguvón**<sup>®</sup>  
estoy protegido

de los vectores del virus

**Bayer** Division Sanidad Animal

Tel. Tegucigalpa : 239-3940, Fax: 239-3854  
Tel. San Pedro Sula: 552-7241, Fax: 552-0800

Shrimpszucht: Der Einsatz von Chemikalien und gentechnisch veränderten Larven nimmt zu

*In Porto Alegre versammelte sich Anfang Februar 2002 zum zweiten Mal in Folge die globale Opposition – mit zahlreichen Themen, Facetten, Zielsetzungen und Aktionsformen. Über 70.000 Menschen aus 150 Ländern nahmen am Weltsozialforum 2002 teil. Die gemeinsame Klammer: Opposition gegen die zerstörerischen Auswirkungen des Neoliberalismus in Wirtschaft und Gesellschaft.*

# Erklärung von Porto Alegre zum Wasser

Uns einen folgende gemeinsame Grundsätze, Überzeugungen und Werte:

1. Dass das Süßwasser der Erde allen auf ihr lebenden Arten gehört und deshalb nicht als eine Ware behandelt werden darf, die gekauft oder veräußert oder mit der wie mit einem Wirtschaftsgut Handel betrieben werden darf. Die Menschengemeinden vor Ort tragen die vorrangige Verantwortung dafür, dass Wasser als gemeinsames Erbe behandelt wird.
2. Dass Wasser ein grundlegendes Menschenrecht und ein Recht aller Spezies ist. Es muss von den öffentlichen Behörden und Institutionen durch nationales und internationales Recht geschützt werden. Das Menschenrecht auf Wasser in zum Leben ausreichender Quantität und Qualität (40 – 50 Liter am Tag je Person für den häuslichen Gebrauch) ist ein individuelles und kollektives unveräußerliches Recht, das keiner Einschränkung gesellschaftlicher (Geschlecht, Alter, Einkommen), politischer, religiöser oder finanzieller Art unterworfen werden kann. Die Kosten, dieses Recht für alle zu befriedigen, müssen von der Gemeinschaft aufgebracht werden.
3. Wasser ist eine natürliche Ressource, die in nachhaltiger Weise zum allgemeinen Wohl unserer Gesellschaften und der natürlichen Umwelt verwendet werden muss. Die heutige Politik des Baus großer Staudämme muss in Übereinstimmung mit den Empfehlungen der Internationalen UNO-Kommission über große Staudämme gründlich revidiert werden.
4. Wasser ist wesentlich für die Sicherung unserer Gemeinschaften und Gesellschaften. Aus diesem Grund gehören Besitz, Kontrolle, Verteilung und Verwaltung von Wasser in die Hände der Öffentlichkeit.
5. Der öffentliche Sektor ist per Gesetz und Verfassung vorgesehen und beauftragt, das öffentliche Interesse zu vertreten. Der private Sektor kann nicht mit den Interessen der Öffentlichkeit betraut werden.
6. Die Bürgerinnen und Bürger müssen bei der Gestaltung der öffentlichen Politik im Zentrum der Entscheidungsprozesse stehen, die ihr Leben so fundamental beeinflussen wie die Kontrolle über das Wasser auf "lokaler", internationaler und globaler Ebene.
7. Die Verwaltung des Wassers muss dem Grundsatz der sozialen Gleichbehandlung in Bezug auf Geschlecht, öffentliche Gesundheit und Umwelt verpflichtet sein.
8. Anders als die Weltbank, der Weltwasserrat und die Globale Wasserpartnerschaft sind wir nicht der Auffassung, dass das "französische Modell" der Privatisierung, das auf langfristigen Konzessionsverträgen basiert, eine gute Lösung für eine gerechte, nachhaltige und demokratische Kontrolle und Verwaltung des Wassers im öffentlichen Interesse ist. Geeint durch die oben formulierten Grundsätze, Überzeugungen und Werte verpflichten wir uns zur Bildung und Förderung der "Weltkoalition von Bürgerorganisationen zur Bekämpfung der Privatisierung und des Handels mit Wasser". Das Hauptziel der Koalition besteht in der Stärkung der Zusammenarbeit unter den Gründungsmitgliedern .

UnterzeichnerInnen: Association française pour le Contrat Mondial de l'Eau; Association québécoise pour le Contrat Mondial de l'Eau; Attac Frankreich; Attac Italien; CEVI - Italienische Wasserkampagne; Comitato italiano per il Contratto Mondiale dell'Acqua; Council of Canadians; Federación Funcionarios OSE (Uruguay); Fundação Agua Viva Florianópolis (Brasilien); Fondation pour le Progrès de l'Homme (Frankreich); Foro Boliviano Medio Ambiente; IEDECA (Ecuador); MAB (Brasilien); PIPAL TREE (Indien); PSIRU (Großbritannien) u.a.

**Zweites Weltsozialforum von Porto Alegre**  
Brasilien, Februar 2002

Quelle: isw-report Nr. 53 1

# Privatisierung von Wasser

von Odra Krüger, Zwischenzeit e.V.

Seit Beginn der 1980er Jahre ist im öffentlichen Sektor eine fortschreitende Ausrichtung an ökonomischen Kriterien, Werten und Prinzipien (Ökonomisierung) festzustellen. Dies zeigt sich einerseits im Rückzug des Staates bei der öffentlichen Leistungserbringung zugunsten privater Lösungen, andererseits in einer Stärkung von Markt und Wettbewerb innerhalb dieses Sektors. Das gewandelte Verhältnis zwischen Staat und Markt gewinnt durch die Forderung nach „Liberalisierung“ und „Privatisierung“ in den letzten Jahren zunehmend auch auf der kommunalen Ebene an Relevanz. In den Bereichen kommunaler Daseinsvorsorge werden durch die Liberalisierung und Privatisierung Entscheidungsprozesse und Machtkonstellationen einem grundlegenden Wandel unterworfen. Nationale, europäische und internationale politische und rechtliche Prozesse führen zu einer weiteren Marktöffnung ehemals geschützter Bereiche.

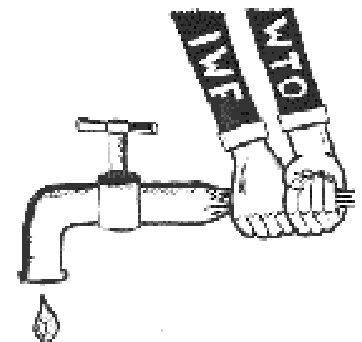
## Wasser ist anders

Bei der Trinkwasserversorgung handelt es sich um die Bereitstellung eines essentiellen Gutes mit hohen Anforderungen an Qualität und Versorgungssicherheit. Die Sonderstellung der Ressource Wasser ergibt sich daraus, dass sie eine nicht ersetzbare Grundlage allen Lebens bildet. Für den Menschen ist Wasser wichtigstes Lebensmittel. Da er es zur Befriedigung lebensnotwendiger Bedürfnisse wie Trinken, Essenszubereitung und Hygiene benötigt, braucht er es in guter Qualität. Darüber hinaus hat die Wasserwirtschaft aufgrund ihrer engen Verflechtung mit dem natürlichen Wasserkreislauf überragende Bedeutung für den Umweltschutz und damit für das öffentliche Gut Umwelt.

Der Sonderstellung der Ressource Wasser und der daraus abzuleitenden Notwendigkeit einer demokratischen Kontrolle der Wasserversorgung werden heute Effizienzargumente entgegengesetzt. Von vielen Seiten wird mittlerweile eine Umgestaltung in Form einer weiteren Ökonomisierung dieses Sektors gefordert. Die Argumentation der Befürworter einer Umstrukturierung des Trinkwassersektors verlässt selten die ökonomische Ebene. Ausgegangen wird davon, dass privatwirtschaftlich organisierte Wasserversorgung effizienter und damit billiger wäre. Dabei werden aber langfristige Auswirkungen einer Neustrukturierung der Trinkwasserversorgung auf Umweltschutz, Versorgungssicherheit, Trinkwasserqualität und Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten seitens der BürgerInnen und der Politik weitestgehend ausgeblendet. Die Ausrichtung aller Lebensbereiche auf Effizienz führt unter Umständen kurzfristig zu einem positiven wirtschaftlichen Ergebnis, die Lebensqualität (Umwelt, Gesundheit, soziale Umwelt) kann aber negativ betroffen werden.

## Wasserprivatisierung global

Bis in die 1980er Jahre war die vorrangige Verantwortung des Staates für die Trinkwasserversorgung weitgehend anerkannt. Erst in den 1990er Jahren fand ein Paradigmenwechsel in Richtung einer Kommerzialisierung statt, der insbesondere von Weltbank und IWF bestimmt und vorangetrieben wurde, die die Vergabe neuer Kredite in Ländern des Südens mit der Forderung einer Umstrukturierung des Wassersektors verknüpften und somit den Einstieg ausländischer Wasserkonzerne forcierten. Auch mit der Vollprivatisierung der Wasserversorgung seit 1989 in England und Wales unter der neoliberalen Regierung Thatchers fand eine Enttabuisierung der Privatisierung dieses Sektors statt, so dass auf der internationalen Konferenz „Wasser und Umwelt“ (ICWE) 1992 in Dublin Wasser erstmals als Wirtschaftsgut definiert wurde.



Der Wassersektor gehört weltweit zu den traditionell öffentlich dominierten Bereichen und befindet sich noch zu über 90% in öffentlicher Hand. Bis 2015 könnten rund ein Fünftel der Weltbevölkerung von privaten Wasserkonzernen versorgt werden.<sup>2</sup> Es wird geschätzt, dass der Umsatz privater Wasserunternehmen sich bis 2010 auf 430 Milliarden Euro vervierfachen wird.<sup>3</sup>

<sup>2</sup> Vgl. Ak Wasser (2003): 30% Profitrate im Wassergeschäft. BBU-Wasserrundbrief 727 vom 09.08.03, S.3.

<sup>3</sup> Vgl. Student, D. (2002): Wasser – Volles Rohr. In Manager Magazin 1/2002. [www.manager-magazin.de](http://www.manager-magazin.de); Flauger, J. (2002): Beim Wasser sprudeln die Gewinne. In: Handelsblatt vom 9.11.02, S. 49.

Die globale Wasserkrise, der Investitionsbedarf und die unzureichende Wasserversorgung in den sogenannten Entwicklungsländern dienten der Rechtfertigung privater Beteiligung im traditionell öffentlichen Bereich der Wasserversorgung und damit der Durchsetzung einer Politik der Privatisierung und Marktöffnung. Bei ihren internationalen Tätigkeiten erhielten und erhalten die Konzerne immer wieder Unterstützung von Weltbank und IWF sowie der EU und ihren Regierungen in Form von „Entwicklungshilfe“ oder öffentlich-privaten Partnerschaften (Public-Private-Partnership). Gleichzeitig werden durch regionale (EU), bi- und multinationale Abkommen (GATS) die Zugänge zu diesen Märkten erleichtert und rechtlich abgesichert.

Nach dem schnellen Einstieg ins internationale Wassergeschäft seit den 1990er Jahren erwiesen sich die Gewinne für die Konzerne allerdings als weniger hoch als erwartet. Obwohl sich das private Engagement schon immer auf lukrativ erscheinende Märkte in städtischen Regionen konzentrierte, führten fehlende Kaufkraft oder fehlende Zahlungsbereitschaft sowie instabile politische und wirtschaftliche Situationen und der Widerstand der Bevölkerung immer wieder zu gescheiterten Privatisierungsprojekten, die auch mit einem Imageverlust der beteiligten Unternehmen einhergingen.

Da es den privaten Unternehmen immanent ist, nur Dienstleistungen anzubieten, die neben der Deckung der Kosten zusätzlich hohe Gewinne abwerfen, sind die Konzerne nur noch dann bereit, sich in ärmeren Regionen zu engagieren, wenn durch staatliche Zuschüsse das Investitionsrisiko stark vermindert wird, Gewinne garantiert werden, seitens der Kommunen auf Konzessionszahlungen verzichtet wird oder internationale Organisationen Finanzmittel zur Verfügung stellen. Das Risiko verbleibt somit letztlich bei den Kommunen oder Staaten, die in den meisten Privatisierungsfällen ohnehin die weniger lukrativen Regionen weiter versorgen und aufgrund der privatisierten gewinnbringenden Bereiche Einnahmeverluste hinnehmen müssen. Damit werden letztlich Gewinne privatisiert, die Verluste aber sozialisiert.

Die Großen im globalen Wassergeschäft, Suez, Veolia und RWE, sind mittlerweile aufgrund ihrer Expansionspolitik durch diverse, kreditfinanzierte Aufkäufe und der Ausschüttung hoher Dividenden (trotz der verlustreichen Geschäfte) hoch verschuldet. Nachdem sich viele Auslandsinvestitionen als nicht unbedingt sichere Kapitalanlage erwiesen haben, werden unsichere Beteiligungen wieder abgestoßen. Ausbleibende Gewinne, gescheiterte Privatisierungsprojekte, das Ausreizen der wenigen lukrativen Märkte in den Entwicklungsländern und der wachsende Widerstand führen zu einer Orientierung auf die gewinnversprechenden Märkte

in Europa und den USA sowie in einigen Teilen Asiens.

Der Privatisierungsdruck verschiebt sich also gegenwärtig vom Süden wegen besserer Zahlungsfähigkeit der Bevölkerung und des besseren Zustandes der Netze zurück in den Norden. Damit wird freilich auch die vielbeschworene Funktion privaten Engagements im Wassersektor, nämlich privates Kapital für die Lösung des globalen Wasserproblems zu mobilisieren, ad absurdum geführt.

## **Wasserprivatisierung national**

In Deutschland wurde die Diskussion über einen Reformbedarf der deutschen Wasserwirtschaft 1994 durch ein Gutachten der Weltbank angestoßen, in dem der deutschen Wasserwirtschaft zwar ein hohes technisches Niveau aber gleichzeitig eine geringe Beachtung von Kosten, Effizienz und Anreizen bescheinigt wurde. Bis dahin bestand in Politik und Wasserwirtschaft weitestgehend Konsens darüber, dass das im internationalen Vergleich erreichte Niveau im Hinblick auf Qualität, Versorgungssicherheit und Gewässerschutz als beispielhaft zu bewerten ist.

## **Liberalisierung**

Die Kritik der Weltbank an den bestehenden Strukturen wurde bald von verschiedenen privatisierungs- und liberalisierungsfreundlichen Akteuren aufgegriffen und fand 2000 in dem vom Bundeswirtschaftsministerium in Auftrag gegebenen Gutachten *„Optionen, Chancen und Rahmenbedingungen einer Marktöffnung für eine nachhaltige Wasserversorgung“* ihren Höhepunkt. Das in sich widersprüchliche Gutachten sprach sich vorbehaltlos für eine Liberalisierung aus - mit der Behauptung der Kostensenkung für den Verbraucher und besserer Wettbewerbsfähigkeit auf dem internationalen Markt.



Nach dem Gutachten des Bundeswirtschaftsministeriums und den Liberalisierungsforderungen Ende 2002 durch den damaligen EU-Kommissar Fritz Bolkenstein war die Liberalisierung der Wasserversorgung das vorherrschende Thema in der Branche, wobei diese Diskussion letztendlich vor allem von interessierten Kreisen aus Banken, Wirtschaft und Politik entfacht wurde.<sup>4</sup> Die von der EU-Kommission und vom Bundeswirtschaftsministerium eingebrachten Liberalisierungsbestrebungen, die die Öffnung bisher gesetzlich geschützter Monopolbereiche über die Beseitigung von Marktzutrittsbarrieren und durch die Einführung von Wettbewerb im Markt anstreben, scheinen sich momentan aufgrund haftungsrechtlicher, technischer und hygienischer Probleme sowie des Widerstandes breiter Kreise nicht durchzusetzen.<sup>5</sup>



Nestlé

Die marktradikale Forderung nach einer vollständigen Liberalisierung hat aber den Weg geebnet, andere Formen von „Wettbewerb“ zu diskutieren, die sich vor allem im privatwirtschaftlichen Engagement in der Form von (Teil-) Privatisierungen und Vergabe von Dienstleistungsverträgen niederschlagen. Eine verstärkte Privatisierung soll zur Entlastung der kommunalen Haushalte, zur Mobilisierung privaten Kapitals für Instandhaltung und Ausbau der Anlagen und zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wasserwirtschaft auf dem Weltmarkt führen.

## Modernisierung

In der bundesdeutschen Politik ist die Liberalisierungsdiskussion zu Gunsten einer recht einvernehmlichen Diskussion zur „Modernisierung“ der Wasserwirtschaft gewichen. Angeregt wurde diese u.a. von dem im Oktober 2001 gestellten Antrag der Fraktionen von SPD und Grünen mit dem Titel „Nachhaltige Wasserwirtschaft in Deutschland“, in dem eine „Modernisierungsstrategie“ für die Betriebs- und Versorgungsstruktur der deutschen Trinkwasserversorgung aufgeworfen wird. Kernpunkte dieser Modernisierungsstrategie sind:

- Verbesserung der Wirtschaftlichkeit durch Kooperation und Fusion benachbarter Wasserver- und entsorgungssysteme und der Einbeziehung auch privater Kooperationspartner,
- Lockerung des Örtlichkeitsprinzips durch die Länder,
- die Schaffung größerer, auch international handlungsfähiger Betriebseinheiten und Stärkung des internationalen Engagements,<sup>6</sup>
- Einführung von möglichst flächendeckenden Leistungsvergleichen (Benchmarking),
- Qualitätsmanagement und moderne Methoden der Unternehmens- und MitarbeiterInnenführung,
- steuerliche Gleichstellung von Wasser und Abwasser.

Eine Modernisierungsstrategie unter Förderung öffentlich-privater Lösungen und von Wettbewerbselementen führt aber notwendig zu einer weiteren Ökonomisierung der Trinkwasserversorgung. Die Bestrebungen, die kleinteiligen Strukturen aufzubrechen, forcieren den Trend zu großen Versorgungsstrukturen.

Dass das Konzept auf nationaler Ebene breite Unterstützung findet, obwohl es klar auf eine Zerschlagung der bewährten Struktur abzielt, dürfte darin begründet sein, dass einerseits die marktradikale Liberalisierungsforderung des oben genannten Gutachtens noch nachwirken, andererseits darin, dass sowohl auf Bundes- als auch auf EU-Ebene noch weiterhin Interessen auftreten, die eine noch weitergehende Marktöffnung in der Trinkwasserversorgung anstreben.



## Privatisierungstrend

Ungeachtet der derzeit diskutierten Strategien ist die deutsche Wasserwirtschaft durch Privatisierung, Kommerzialisierung und Unternehmenskonzentrationen schon seit einigen Jahren einem Wandel

<sup>4</sup> Darunter Deutsche Industrieverbände wie BDI und VIK Weltbank und Deutsche Bank, die allesamt für eine Liberalisierung plädieren. Vgl. Deutsche Bank Research (2000): Wasserwirtschaft im Zeichen von Liberalisierung und Privatisierung. Aktuelle Themen Nr. 176. Frankfurt; u.a.

<sup>5</sup> Bedenken äußerten neben privatisierungskritischen Gruppen, Umwelt- und VerbraucherInnenorganisationen, kommunaler Spitzenverbände und Verbandsvertreter der deutschen Wasserwirtschaft auch die Umwelt- und Innenministerkonferenzen der Bundesländer, das Umweltbundesamt, verschiedenen NGOs, Gewerkschaften und die Enquetekommission Globalisierung.

<sup>6</sup> In bezug auf kommunale Unternehmen stellt sich die Frage, ob es zu deren Aufgabe gehört, in anderen Ländern aktiv zu werden und ob Exportüberlegungen ein Argument für die Zerschlagung bewährter Versorgungsstrukturen sein können.

unterworfen. Der Veränderungsprozess erfolgt weniger durch offizielle Beschlüsse als durch informelles Handeln. In Deutschland ist ebenso wie in Europa allgemein in den letzten Jahren eine Zunahme sowohl privatrechtlicher als auch in privatem Eigentum befindlicher Unternehmen zu beobachten. Nach Schätzungen des Europäischen Wirtschaftsdienstes aus dem Jahr 2001 wurden schon damals pro Woche ein oder zwei Stadtwerke verkauft.<sup>7</sup>

Jede Form der Privatisierung führt zu weniger Einfluss-, Kontroll- und Gestaltungsmöglichkeiten seitens der kommunalen Politik und somit letztlich auch der BürgerInnen. Durch die Umwandlung in eine private Rechtsform sinkt die demokratische Einflussnahme und das öffentlich-rechtliche Unternehmensziel Gemeinwohl steht im Zielkonflikt mit dem privatrechtlichen Unternehmensziel der Gewinnerzielung. Generell werden also durch die Einbeziehung privaten Kapitals und privatwirtschaftlicher Managementkonzepte ökonomische Entscheidungskriterien bewusst in den Vordergrund geschoben. Allein die Tatsache, dass der private Kapitalgeber eine Mindestrendite erwirtschaften will, erfordert im Vergleich zur klassischen öffentlichen Produktion zwangsläufig eine neue Grundausrichtung der Unternehmensziele. Durch die zunehmende Privatisierung und Marktöffnung und die entstehende Konkurrenz öffentlicher Unternehmen zu privaten Akteuren verändern sich auch die noch (rein) kommunalen Unternehmen durch die Anpassung an die geänderten Marktbedingungen. Der sogenannte Modernisierungsprozess in der Wasserwirtschaft forciert geradezu, dass die kommunalen Wasserversorgungsunternehmen die gleiche Zielsetzung und Struktur erlangen wie die Privaten und dass sich auch die kommunalen Unternehmen nur noch von kommerziellem Denken leiten lassen und andere Ziele wie BürgerInnennähe, Sozialstaatlichkeit, Verteilungsgerechtigkeit aus dem Blick verlieren.

## **Konzerne im deutschen Trinkwassermarkt**

Die problematische Situation der öffentlichen Haushalte, die überhaupt erst das Interesse des Staates bzw. der Kommunen an einer Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen aufkommen lassen hat, kommt dabei dem spezifischen Interesse des privaten Kapitals entgegen, dass seit den 1970er/80er Jahren verstärkt auf der Suche nach neuen profitablen Anlagemöglichkeiten ist.

Neben dem Kapitalexport in Niedriglohnländer und der Verlagerung von Kapital in den Finanzsektor stellt die zunehmende Betätigung von Konzernen in ehemals öffentlichen bzw. staatlichen Dienstleistungsbereichen wie dem Wassersektor ein Beispiel für eine dritte Kapitalstrategie zur Überwindung der strukturellen Akkumulationskrise dar: die „innere Landnahme“, d.h. Erschließung neuer Verwertungsmöglichkeiten auch innerhalb der kapitalistischen Zentren.

Wasserprivatisierung kann somit als Teil der wirtschaftlichen „Globalisierung“ begriffen werden, bei der es nicht nur um eine räumliche Ausdehnung und weltweite Homogenisierung der Kapitalverwertungsbedingungen geht, sondern auch um eine so weit als möglich reichende „Inwertsetzung“ sämtlicher Bestandteile des Planeten – von Genen über soziale Dienstleistungen wie Bildung und Gesundheit bis hin zu natürlichen Ressourcen wie Wasser.<sup>8</sup>

Der Bereich der öffentlichen Dienstleistung gilt dabei als sicheres Investitionsfeld und durch Privatisierung werden den Kapitalüberschüssen neue Anlagemöglichkeiten in bisher geschützten Märkten eröffnet. Letztlich wurde die Kritik an der öffentlichen Wasserversorgung erst zu dem Zeitpunkt laut, als international agierende Konzerne und Befürworter einer weltweiten Liberalisierung in ihr neue Kapitalverwertungsmöglichkeiten und einen erfolversprechenden Markt entdeckten.

Nachdem die Märkte für Strom und Gas weitestgehend aufgeteilt sind, gilt der Wassermarkt in Deutschland als letzte öffentliche Domäne im netzgebundenen Infrastrukturbereich und - trotz stagnierenden Verbrauchs wegen langfristiger Monopolgewinne und konjunkturstabiler Nachfrage nach Infrastrukturgütern für die großen Konzerne - als äußerst lukrativer und aufgrund langer Laufzeiten der

Verträge sicherer Wachstumsmarkt. Der deutsche Wassermarkt ist mit 17 Milliarden Euro Gesamtumsatz der größte Europas. Daher erfolgt die Beteiligung an kommunalen Unternehmen bzw. deren Übernahme auch in Deutschland seit einigen Jahren vermehrt durch deutsche und internationale Großkonzerne, die nicht wie kommunale Unternehmen in die regionale Wirtschafts- und Verantwortungsstruktur einbezogen sind.



## **RWE, Veolia, Suez & Co**

Bei den deutschen Großunternehmen im Wassermarkt handelt es sich überwiegend um die großen Energieversorger, die bereits von der Liberalisierung im Energiemarkt profitierten und sich in dem oligopolistisch strukturierten Markt durchsetzen und vergrößern konnten. Der Verdrängungswettbewerb

<sup>7</sup> Die Welle rollt. Wasserprivatisierung in Deutschland. In: taz vom 7.12.2001, S. 6.

<sup>8</sup> Vgl. Altvater, E./B. Mahnkopf (1999): Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft. Münster.

im Energiesektor hat eine Fusionswelle ausgelöst, so dass von den Anfang 1997 existierenden großen Neun die Zahl in mehreren Fusionen auf vier große Unternehmen (E.on, RWE, Vattenfall Europe und EnBW) reduziert wurde. Von diesen haben sich RWE, E.on und EnBW zu Marktführern im deutschen Wassersektor entwickelt. Beide haben durch Fusionen auf der Ebene der Endkundenversorgung viele Beteiligungen an Stadtwerken und Regionalversorgern erlangen können und „kaufen“ sich seitdem in der Wasserwirtschaft bzw. bei Stadtwerken weiter ein, so dass man seit einigen Jahren von einem schleichenden Prozess der Übernahme der zahlreichen kommunalen Wasserbetriebe und Stadtwerke durch einige große Konzerne wie RWE und E.on sprechen kann.

An ausländischen Konzernen konnten sich vor allem die französischen Unternehmen Veolia (früher Vivendi) und Suez (Tochterunternehmen Ondeo/Eurawasser) im deutschen Wassersektor etablieren. Diese gehören zu den Weltmarktführern im internationalen Wassergeschäft. Die französischen Konzerne profitieren von einer langjährigen Erfahrung als private Anbieter auf dem heimischen oligopolistischen Markt und einer jahrzehntelangen Erfahrung auf dem internationalen Markt.

### **RWE und Veolia in Berlin**

Die Berliner Wasserbetriebe waren bis Ende der 1990er Jahre das größte kommunale Wasserunternehmen in Deutschland. Das bis dato gewinnträchtige Unternehmen wurde zur Sanierung des Haushalts zu 49% verkauft. Damit fand die bisher größte Teilprivatisierung im Wasser- und Abwasserbereich Deutschlands statt. Im Rahmen dieser Teilprivatisierung hat 1999 ein Konsortium von Vivendi (heute Veolia), RWE und Allianz (bis 2002) 49,9% der Anteile der Berliner Wasserbetriebe erworben. Dazu wurden die Berliner Wasserbetriebe als Anstalt öffentlichen Rechts in eine privatwirtschaftliche Holding, die Berlinwasser Holding, eingebracht. Als Holding unterhalten heute die Veolia Water Deutschland GmbH und RWE eine jeweils 24,95%-Beteiligung an den Berliner Wasserbetrieben. Das Land Berlin hält die restlichen 50,1%. Das Betreibermodell für Berlin beinhaltet die Trinkwassergewinnung und -versorgung sowie den Betrieb des Abwassernetzes und der Abwasserbehandlungsanlagen für mehr als 3,8 Millionen Menschen in der Hauptstadt und im Umland.

Beim Verkauf der Berliner Wasserbetriebe BWB sprachen sich die beiden Interessenten RWE und Vivendi (heute Veolia) ab – beide Parteien wollten nicht auf den strategischen Standort verzichten, der Zugang zu den Wassermärkten in Deutschland (insbesondere in den neuen Ländern) und Osteuropa garantiert und als Referenzobjekt für internationale Akquisitionen dient. Den privaten Wasserunternehmen wurde für 28 Jahre eine Rendite von 9% zugesagt, die vom Berliner Verfassungsgericht jedoch als rechtswidrig abgelehnt wurde.<sup>9</sup> Die hohen Gewinnerwartungen und die strategische Lage Berlins ließen einen Kaufpreis von 3,1 Mrd. Mark erzielen. Damit hatten die Konzerne den ursprünglich angesetzten Preis von 2 Milliarden Mark weit überboten.

Berlinwasser International als Teil der Holding ist auf internationalen Märkten aktiv (Osteuropa, Asien) und versorgt etwa 7,5 Millionen Menschen auf vier Kontinenten. Die Berliner Wasserbetriebe waren schon vor der Teilprivatisierung u.a. an der Wasserversorgung in Moskau und Zagreb beteiligt, was sie Mitte der 1990er Jahre in die „top five“ der international tätigen Wasserunternehmen aufsteigen ließ und somit zu missliebigen Konkurrenten der späteren Käufer avancierte. Die Investoren verpflichteten sich vertraglich, den Wasserpreis bis Ende 2003 nicht zu erhöhen und in fünf Jahren mindestens fünf Milliarden Mark in die Infrastruktur zu investieren. Anfang 2004 stiegen die Wasserpreise um 15%, Anfang 2005 sollen sie um weitere 5% steigen.

Diese Teilprivatisierung wurde zudem aufgrund der Entlassung von 1000 ArbeitnehmerInnen und der Aussetzung vertraglich festgelegter Konzessionszahlungen an die öffentlichen Kassen immer wieder kritisiert.

Die großen Konzerne bieten mittlerweile eine umfassende Versorgung mit leitungs- bzw. netzgebundenen Gütern an, d.h. die Bereitstellung von Strom, Gas und Wasser erfolgt aus einer Hand. Der Trend der Diversifizierung der Unternehmensaktivitäten im Infrastrukturbereich wird als Multi Utility bezeichnet. Dabei sind historisch begründete Unterschiede in den Kerngeschäften zu beobachten. Die beiden französischen Unternehmen entwickelten sich aus Wasserversorgungsunternehmen zu Multi Utilities, der Ursprung der beiden deutschen Konzerne liegt im Energiesektor. Während die französischen Wasserkonzerne mit ihrem Know-how in den deutschen Markt eintreten konnten, mussten sich die

<sup>9</sup> Vgl. Deckwirth, Ch./D. Fette/W. Rügemer (2004): GATS lokal. S. 10.

deutschen Konzerne erst auf den heimischen<sup>10</sup> oder auf den globalen Wassermärkten in Wasserversorgungsunternehmen einkaufen. Dafür konnten sich die ehemaligen Energieunternehmen über ihr ursprüngliches Geschäftsfeld Zugang zu den Kommunen und Stadtwerken erschließen. Das Multi Utility Konzept soll den Konzernen Synergieeffekte bieten. Das Angebot von umfangreichen Leistungspaketen ermöglicht eine gemeinsame Abrechnung beim Service, bei der Wartung der Infrastruktur oder beim Neubau von kombinierten Rohrleitungen. In vielen Gemeinden in Deutschland existiert darüber hinaus seit langem ein Versorgungsverbund, in dem auch Stadtwerke Strom, Gas und Wasser aus einer Hand anbieten, und damit den Konzepten privater Unternehmen in gewisser Weise „entgegenkommen“. Die Multi Utility Unternehmen übernehmen die Wasserversorgung sowohl als Konzession oder per Privatisierung und nutzen ihre Monopolstellung als Zugang zu den VerbraucherInnen für andere Dienstleistungsangebote von Strom bis Telekommunikation.<sup>11</sup>

Obwohl die Konzerne untereinander in Konkurrenz stehen, gehen die drei international agierende Konzerne Veolia, RWE und Suez immer wieder Allianzen ein, z.B. um eine wettbewerbsinduzierte Senkung des Preisniveaus zu verhindern oder die eigene Marktposition gegenüber anderen, bislang nicht am Markt etablierten Unternehmen abzusichern. In der Vergangenheit gab es zahlreiche Übernahmeinteressen unter den führenden Wasser- und Energiekonzernen. Die verschiedenen Töchter dieser drei Wasserkonzerne sind miteinander in verschiedener Weise verflochten, wobei das wirre Geflecht von Konsortien, Tochter- und Partnerfirmen im Wassergeschäft für Außenstehende kaum zu durchschauen ist.

Die großen Konzerne expandieren in Deutschland nahezu in dem Maße, wie Kommunen aufgrund der Verschuldung auf die Beteiligung Privater zur Entlastung des kommunalen Haushalts setzen. Vor allem RWE und E.on eignen sich den Wassermarkt insbesondere über Stadtwerkeanteile auf dem liberalisierten Energiemarkt an. Von über 900 Stadtwerken sind nur noch etwa 500 vollständig im kommunalen Besitz.<sup>12</sup> Bei etwa 400 Stadtwerken sitzen bereits RWE, E.on oder Tochterunternehmen der beiden Energieunternehmen im Aufsichtsrat – Tendenz steigend.<sup>13</sup>



## Private Monopole

Bei der Privatisierung im Wassersektor wird ein öffentliches in ein privates Monopol überführt. Hinzu kommt eine fortschreitende Vernachlässigung sozialer und ökologischer Aspekte als Folge des „shareholder values“<sup>14</sup>. Statt kostendeckender Preise werden gewinnbringende Preise veranschlagt. Die Übertragung des Monopols auf Private führt aufgrund fehlender Konkurrenz nicht zu langfristigen Preissenkungen für den Verbraucher. Höhere Gewinne sind aufgrund des stagnierenden Wasserverbrauchs nur über Preiserhöhungen, Stellenabbau und eine Begrenzung der Investitionen zu erzielen. Zudem finanzieren Private ihre Übernahmen ebenfalls mit Krediten zu ungünstigeren Konditionen als öffentliche Unternehmen, so dass ein höherer Kapitaldienst erwirtschaftet werden muss. Alles in allem benötigt ein privates Unternehmen demnach für die gleiche Leistung mehr Kapital als ein kommunales Unternehmen. Es ist unwahrscheinlich, dass dies durch Synergie- und Größenvorteile ausgeglichen werden kann.<sup>15</sup> Die hohen Fixkosten, die hohe Qualität des deutschen Trinkwassers und der Anlagen lassen bei gleichbleibender Qualität und Instandhaltungsleistung eine Preisminderung bei gleichzeitig erforderlichen Dividendenausschüttungen nach einer Privatisierung als eher unwahrscheinlich erscheinen.

### Eurawasser in Potsdam

1997 wurden nach europaweiter Ausschreibung 49% der Potsdamer Wasserbetriebe an die Eurawasser GmbH Berlin, ein deutsches Tochterunternehmen von Ondeo/Suez und Thyssen-Krupp/RWE verkauft. Heute ist Eurawasser eine hundertprozentige Tochtergesellschaft der Suez Environnement Deutschland GmbH, die wiederum ein hundertprozentiges Tochterunternehmen

<sup>10</sup> Der französische Markt gilt als gesättigt. Dort beliefern die drei großen Privatversorger (Veolia, Suez und Saur) 78% der Bevölkerung. Die restlichen, wenig einträglichen Kleinunternehmen, die nur 22% der französischen Bevölkerung mit Trinkwasser beliefern, werden kommunal betrieben. Wie in Frankreich konzentrieren sich die Konzerne auch in Deutschland auf bei der Erschließung des Wassersektors in erster Linie auf Groß- und Mittelstädten mit gut gewarteten Trinkwassernetzen.

<sup>11</sup> Oder nutzen ihren schon vorhandene KundInnenzugang im Energiebereich, um im Wassersektor aktiv zu werden.

<sup>12</sup> Vgl. Geiler, N. (2004): Das 20-Milliarden-Euro-Spiel. S. 10.

<sup>13</sup> Vgl. Ak Wasser (2004): Ausverkaufswelle bei Stadtwerken am Abebben? S. 1.

<sup>14</sup> "shareholder value"-Politik: die Orientierung der Unternehmensführung an den Gewinnen der AktionärInnen.

<sup>15</sup> Diverse nationale (Berlin, Potsdam) und internationale Beispiele (England, Bolivien) zeigen, dass Privatisierungen sogar eher mit einer Preiserhöhung einhergehen. England und Wales sind die einzigen Länder, in denen die Wasserversorgung vollständig privatisiert ist, aber die durch Privatisierung erwarteten Effizienzsteigerungen, verbesserte Finanzierungsmöglichkeiten durch privates Kapital und Steigerung der Wettbewerbsintensität konnten nicht bestätigt werden. Durch die Zusicherung der Konzession für 25 Jahre wurden private Monopole geschaffen. Es entstanden neue Aufsichtsbehörden für Preisregulierung, Überwachung der Qualität und Kontrolle der Umweltauflagen. Erheblichen Preissteigerungen bei gleichzeitiger Gewinnausschüttung erforderten das Eingreifen seitens der Regulierungsbehörden. Mittlerweile haben die privaten Unternehmen wieder Interesse daran die wartungsintensiven Leitungen wieder zu verkaufen oder in öffentliche Hände zu überführen.



der Suez Environnement S.A., Paris, ist. Der Kooperationsvertrag übertrug Eurawasser die Betriebsführung und schränkte die kommunale Einflussmöglichkeit stark ein. Mit dem (Teil-)Verkauf sollten die enormen Haushaltslöcher gestopft und anstehende Kosten eingespart werden. Den BürgerInnen wurde der Verkauf mit der Aussicht auf sinkende Wasserpreise schmackhaft gemacht.

„Es gab keine sachlichen Gründe zu privatisieren. Dem Wasserbetrieb mangelte es nicht an Kosteneffizienz, Kompetenz oder Rücklagen um anstehende neue Investitionen in die Netze [...] oder Rohwasseraufbereitung tätigen zu können.“<sup>16</sup>

Statt zu sinkenden Wasserpreisen kam es zu wiederholten Gebührenerhöhungen, so dass die Preise von 1998 von knapp 5 DM auf nahezu 9 DM im Jahr 2000 stiegen. Innerhalb der nächsten 17 Jahre wollte Eurawasser die Gebühren noch einmal um 100% erhöhen, was die Kommune dazu veranlasste, im Juni 2000 die Kooperation mit Eurawasser fristlos zu kündigen. Die Kündigung hat die Stadt neben der Rückkaufsumme des Geschäftsanteils von Eurawasser von 4,9 Millionen Mark auch eine hohe, nicht genannte Abfindungssumme gekostet, so dass die Haushaltslöcher durch dieses Privatisierungsexperiment größer und nicht kleiner wurden.

Die rasche Re-Kommunalisierung wurde möglich, weil zwei der drei Hauptbefürworter des Verkaufs an Eurawasser inzwischen aus ihren Ämtern entfernt<sup>17</sup> worden waren.

## Allgemeinwohl vs. Profit

Wenn Kommunen nicht mehr alleinige Gesellschafterinnen sind und sich die Verantwortung mit privaten Unternehmen oder auch anderen Kommunen teilen, kommt es zu undurchsichtigen Beziehungsgeflechten. Durch Töchterbildung und komplexe Verschachtelungen entstehen unübersichtliche und schwer zu kontrollierende Strukturen. Besitz- und Einflussstrukturen sind für die BürgerInnen kaum noch zu durchschauen. Hinzu kommt, dass die Wasserwerke nach einem Besitzerwechsel nicht unbedingt ihren Namen ändern. Die zunehmenden privaten Beteiligungen spielen sich nicht mehr auf der Ebene der lokalen Wirtschaft ab, indem regionale oder lokale Unternehmen bestimmte Aufträge und Dienstleistungen für öffentliche Wasserunternehmen übernehmen, denn die Beteiligung der Privatwirtschaft hat grundsätzlich eine Entregionalisierung zur Folge. Langfristig ist zu befürchten, dass auch die Kommunen durch zunehmende Privatisierung ihr Know-how verlieren. Damit sinkt auch die Möglichkeit, sowohl die Privaten angemessen zu kontrollieren als auch bei deren Scheitern die Wasserversorgung wieder zu übernehmen.

Verstand man die kommunale Versorgung noch als öffentliche, allen BürgerInnen zugute kommende und am Gemeinwohl orientierte Leistung, geht die derzeitige Entwicklung in Richtung einer Kommerzialisierung der Trinkwasserversorgung, in der wirtschaftliche Beweggründe ausschlaggebend sind und soziale und ökologische Belange keine Rolle spielen. Die Veräußerung des kommunalen Besitzes wird ohne Rückfrage an die BürgerInnen vollzogen und bedeutet letztlich die Veräußerung von BürgerInnenvermögen. Die BürgerInnen werden – so könnte man sagen – „enteignet“ und die Überführung von öffentlichem, kommunalen Eigentum in Eigentum privatkapitalistischer Unternehmen führt zur Umwandlung einer öffentlichen Dienstleistung der Daseinsvorsorge in eine kapitalistisch produzierte Ware, die auf Märkten gehandelt wird. Die Entscheidung darüber vollzieht sich in der Regel unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Die Diskussion beschränkt sich weitestgehend auf Fachkreise und explizit privatisierungskritische Gruppen. Da die Zuständigkeit für die Trinkwasserversorgung bei den Kommunen und Ländern liegt, werden mögliche Rahmengesetzgebungen selten bundesweit diskutiert. Wird ein öffentliches Wasserversorgungsunternehmen privatisiert, können die BürgerInnen das oft erst nach Beschluss der kommunalen Gremien in der lokalen und regionalen Presse nachlesen. Privatisierungspläne geraten selten an die Öffentlichkeit, bevor nicht auch schon konkrete Verhandlungen angelaufen sind. Wie wenig der Bürger in diesen Prozess der Neustrukturierung der Wasserwirtschaft einbezogen wird, wird auch dadurch deutlich, dass es erstens kaum Umfragen oder Meinungsbilder zu diesem Thema gibt und zweitens der politische Diskussionsprozess sehr intransparent verläuft. Hinzu kommt, dass diese Veränderungen in der Trinkwasserversorgung oft nur langfristig wahrnehmbar sind. Erst einmal bleiben Qualität und Preis auch nach einer Privatisierung gleich, das Wasser fließt weiter aus dem Hahn, es besteht nach wie vor keine Wahl zwischen verschiedenen Anbietern.

<sup>16</sup> Wellmer, G. (2004): Vulamanzi! Beteiligung privater Unternehmen an öffentlichen Wasserwerken und die Rechte armer Verbraucher. Hrsg. von KOSA, Bielefeld, S. 69.

<sup>17</sup> Der Baustadtrat D. Kaminski wurde im Januar 1998 wegen der „Baufilzaffäre“ von der Stadtverordnetenversammlung und der Bürgermeister H. Gramlich im Mai 1998 durch ein Bürgerbegehren abgewählt des Amtes enthoben. Vgl. Wellmer, G. (2004): Vulamanzi! S. 67.

## Perspektiven

In der gegenwärtigen Diskussion zum Thema Privatisierung der Trinkwasserversorgung wie auch in der Privatisierungsdiskussion insgesamt geht es um prinzipielle gesellschaftspolitische Richtungsentscheidungen mit langfristigen und direkten Auswirkungen auf Natur und Gesellschaft. Insbesondere Entscheidungen in Bereichen kapitalintensiver, leitungsgebundener Infrastrukturen wie dem Trinkwasser weisen sehr weit in die Zukunft reichende Auswirkungen von fundamentaler Bedeutung auf. Dennoch vollziehen sich Entscheidungsprozesse auf diesen Gebieten bislang weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Dies gilt sowohl für die kommunale, regionale, nationale als auch die europäische und internationale Ebene.

## Wem gehört das Wasser?

Dabei muss konstatiert werden, dass weite Teile der Bevölkerung der allgemeinen wie der Trinkwasserprivatisierungsdebatte lange Zeit weitgehend desinteressiert gegenüber gestanden haben, was auf den ersten Blick verwunderlich erscheinen muss, handelt es sich bei allen Privatisierungsobjekten doch immer um *öffentliches Eigentum*, das *erstens* historisch aus guten Gründen einer *privaten Aneignung* und damit einer künstlichen Verknappung entzogen und *zweitens* – so könnte man vereinfacht formulieren – im Auftrag der BürgerInnen durch den Staat und seine Organe „treuhändlerisch“ angeeignet, verwaltet und bewirtschaftet wurde.

Ein solches Bewusstsein von und Verhältnis zu Wasser als „öffentlichem Gut“ scheint sich im Verlauf der vergangenen einhundert Jahre unter den strukturellen Bedingungen einer kommunalisierten und verstaatlichten Trinkwasserversorgung aber nicht nur nicht entwickelt zu haben, sondern vielmehr scheint diese Struktur eher zu einer weitgehenden Erosion eines solchen Bewusstseins und Verhältnisses in breiten Bevölkerungskreisen beigetragen zu haben, was sich heute in der weit verbreiteten Indifferenz gegenüber der so grundlegenden Frage niederschlägt, wem das Wasser gehört und in Zukunft gehören soll<sup>18</sup> und wie es bewirtschaftet wird bzw. in Zukunft bewirtschaftet werden soll.

Während die kommunale, kleinstrukturierte Wasserversorgung sowohl räumlich als auch entscheidungspolitisch noch eine gewisse Nähe zum Verbraucher aufwies, wird durch zunehmende Konzentration und Zentralisierung der Wasserförderung – zunächst in staatlicher, nun in privater Regie – eine fortschreitende Entfernung aus der Lebenswelt des Nutzers vorangetrieben. Der Bürger/die Bürgerin kann letztlich nicht mehr nachvollziehen woher sein Wasser kommt und wer für die Bereitstellung zuständig ist. Der Bürger/ die Bürgerin avanciert in dieser Entwicklung immer mehr zum Kunden/zur Kundin einer produzierten Ware, zu der er keine emotionale Beziehung mehr aufbaut und deren Existenzialität er nicht mehr wahrnimmt.

## Wir brauchen eine neue Wasserkultur!

Nachdem auf globaler Ebene schon seit einigen Jahren eine ganze Reihe von Kampagnen und Protesten gegen Privatisierungsmaßnahmen im Wassersektor zu verzeichnen sind, scheinen sich allerdings nun auch in Deutschland seit jüngster Zeit durch die Aktivität kleiner privatisierungskritischer Gruppen und zunehmend auch größerer Organisationen wie Gewerkschaften, NGOs u.a. Ansätze zu einer kritischen Gegen-Öffentlichkeit und auch politischen Praxis zu entwickeln. Angesichts der historischen Erfahrungen, dass der Staat sich zunehmend aus seiner öffentlichen Verantwortung zurückzieht, ein gesellschaftspolitischer „Rollback“ auf allen Ebenen stattfindet, grundlegende Errungenschaften dem „Markt“ resp. privatem Kapital unterstellt werden und somit „der Staat“ kaum mehr als Garant humaner, sozialer und ökologischer Standards und Errungenschaften gelten kann, muss nach Alternativen gesucht werden, die *jenseits von Markt und Staat* angesiedelt sind. Es geht nicht um „mehr Markt“ versus „mehr Staat“ oder ein „Zurück zum Staat“, vielmehr geht es um eine Transformation des Verhältnisses von Individuen, Natur und Gesellschaft und damit der Form von Sozialität und darin implizierter gesellschaftlicher Naturverhältnisse.

D.h., dass die derzeitigen Abwehrkämpfe gegen Privatisierungen im Wassersektor und in anderen Bereichen mit offensiven Forderungen verbunden werden müssten, die über den jeweils konkret betroffenen Bereich hinaus Potenziale zu einer weitergehenden emanzipatorischen Dynamik enthalten und entfalten können. Letztlich kann es nicht das Ziel sein, den Status Quo ante wieder herzustellen, da so der Zirkel von Enteignung und Entfremdung nicht aufgebrochen werden kann. Eine Perspektive wäre vielmehr nur das Austreten aus diesem Zirkel, etwa in Form einer von den assoziierten BürgerInnen getragene und verantwortete gesellschaftliche (Wieder)Aneignung der lebensnotwendigen Ressource Wasser, nicht im Sinne der bürokratisierten *Verwaltung* einer Sache, sondern im Sinne einer menschlichen, sozialen und

<sup>18</sup> Noch grundlegender wäre zu fragen, ob Wasser überhaupt jemandem gehören kann oder soll.

ökologischen Bedürfnissen gerecht werdenden *Gestaltung* gesellschaftlicher Naturverhältnisse und damit auch gesellschaftlicher Verhältnisse insgesamt.

Möglicherweise stellt gerade der Wassersektor mit seiner nach wie vor noch überwiegend kleinräumigen, lokal und regional „eingebetteten“ Struktur, mit seinen besonderen Charakteristika, mit seiner Nähe zu den Menschen und ihren fundamentalen Bedürfnissen und mit dem hier im Vergleich zu anderen netzgebundenen Dienstleistungen noch vorhandenem relativ hohen kommunalen Einfluss ein besonders geeignetes Feld einer solchen Wiederaneignung dar.

Zu hoffen – bzw. besser: daran zu arbeiten – bleibt, dass sich die gegenwärtigen Tendenzen zu einer kritischen Diskussion, zu praktischem Widerstand und zur Suche nach Alternativen zu einem für eine solche Wiederaneignung notwendigen Wandel im Bewusstsein der Menschen und ihrer Haltung zum Wasser wie zu anderen Lebensbedingungen führen. Oder anders ausgedrückt:

***Wir brauchen dringend ein neues Wasserbewusstsein, damit uns niemand ‚das Wasser abgraben‘ und ‚an den Tropf hängen‘ kann. Dass sollen die ‚Wasserköpfe‘ und ‚Brunnenmännchen‘ der Monopole ruhig wissen. Die Allmende beziehungsweise das Gemeingut Wasser steht nicht als ‚warmer Regen‘ der ‚Gewinnausschüttung‘ für ‚untergetauchte‘ global tätige ‚Wasserpanscher‘ zu Verfügung!*** (Heringer, J. (2003): Quelle der Kultur. In: Wasser – Grundrecht oder großes Geschäft. Politische Ökologie 80, Januar 2003, S. 11.)

## Literatur

- Altwater, E./B. Mahnkopf (1999): Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft. Münster.
- Bischoff, J. (2004): Privatisierung öffentlicher Güter. Zentrales Instrument neoliberaler Gesellschaftspolitik. Supplement der Zeitschrift Sozialismus 9/2004, Hamburg.
- Brunnengräber, A. [Hrsg.] (2003): Globale öffentliche Güter unter Privatisierungsdruck. Münster.
- Deckwirth, Ch. (2004): Sprudelnde Gewinne? Transnationale Konzerne im Wassersektor und die Rolle des GATS. WEED Arbeitspapier. Bonn.
- Deckwirth, Ch./D. Fette/W. Rügemer (2004): GATS lokal. Privatisierung in der Kommune und die Rolle des GATS. WEED Arbeitspapier. Bonn.
- Fritz, Th. (2003): Die letzte Grenze. GATS: Die Dienstleistungsverhandlungen in der WTO: Sachstand, Probleme, Alternativen. WEED Arbeitspapier. Bonn.
- Garnreiter, F./S. Schmid (2002): Ware Wasser. Die Wasserwirtschaft zwischen Daseinsvorsorge und Profitmaximierung. ISW Report 53. München.
- Geiler, N. (2004): Das 20-Milliarden-Euro-Spiel. Die Liberalisierung des Wasser- und Abwassermarktes. Stuttgart.
- Hauschild, P. u.a. (2004): Privatisierung: Wahn und Wirklichkeit. Kommunen im Fadenkreuz. AttacBasisTexte 9, Hamburg.
- Heringer, J. (2003): Quelle der Kultur. In: Wasser – Grundrecht oder großes Geschäft. Politische Ökologie 80, Januar 2003, S. 11-14.
- Hoering, U. (2001): Privatisierung im Wassersektor. Entwicklungshilfe für transnationale Wasserkonzerne – Lösung der globalen Wasserkrise? WEED Arbeitspapier. Bonn.
- Hoering, U. (2004): Contra: Der Trick mit den Armen. In: INKOTA-Brief 128, Juni 2004, Berlin, S. 7-8.
- Huffschild, J. [Hrsg.] (2004): Die Privatisierung der Welt. Hintergründe, Folgen, Gegenstrategien. Reader des wissenschaftlichen Beirats von Attac. Hamburg.
- Kürschner-Pelkmann, F. (2003): „Imagine...sauberes Trinkwasser für alle?“ Studie – Die RWE AG am internationalen Wassermarkt. Hrsg. von KOSA, Bielefeld.
- Stadler, L./U. Hoering (2003): Das Wasser-Monopoly. Von einem Allmeingut und seiner Privatisierung. Zürich.
- Wellmer, G. (2004): Vulamanzi! Beteiligung privater Unternehmen an öffentlichen Wasserwerken und die Rechte armer Verbraucher. Hrsg. von KOSA. Bielefeld.

# Widerstand und Alternativen

von Odra Krüger, Zwischenzeit e.V.

Die derzeitigen Veränderungen im deutschen Wassersektor und die von Teilen der Bevölkerung als negativ empfundenen Erfahrungen mit der Umwandlung von öffentlichem Eigentum und der Transformation öffentlicher Güter in Waren haben in jüngster Zeit Ansätze einer Gegenöffentlichkeit entstehen lassen.

Denn Privatisierungen werden meist mit einer betriebswirtschaftlichen Effizienzsteigerung begründet, die aber oft in direktem Gegensatz zu den vorhandenen gesellschaftlichen Bedürfnissen steht. Wichtige Impulse für die Entwicklung einer kritischen Gegen-Öffentlichkeit gingen von globalisierungskritischen Gruppen wie Attac, Umweltorganisationen, MieterInnen- und VerbraucherInnenschutzvereinen, kirchlichen Organisationen, Menschenrechtsorganisationen und Gewerkschaften aus, die mittlerweile eine breite Öffentlichkeitsarbeit leisten und verschiedene lokale, bundesweite und sogar globale Kampagnen zum Thema Wasser initiieren.

Der Widerstand gegen die Privatisierung der Trinkwasserversorgung ist global. Auf dem vorletzten Weltsozialforum (WSF) in Porto Alegre wurde eine Wasseragenda verabschiedet und vor dem letzten WSF im indischen Mumbai fand ein eigenes Weltwasserforum statt. Ausgegangen ist die Kritik in vielen Fällen von Bewegungen, die sich gegen die Privatisierungswellen in den sogenannten Entwicklungsländern richteten und sich durch die Zunahme von Privatisierungen im eigenen Land immer stärker auf den nationalen Veränderungsprozess konzentrierten. Es gibt heute wohl kaum ein Treffen von NGOs, auf dem Wasser nicht auf der Tagesordnung steht.

In Deutschland finden sich allerdings nur wenige alternative Modelle zur Privatisierung

der Trinkwasserversorgung und es geht in vielen Fällen erst einmal darum, die kommunale Zuständigkeit für die Wasserversorgung zu erhalten und akute Privatisierungsvorhaben zu verhindern. Da diese Strategie aufgrund der Veränderung kommunaler Unternehmen zu kommerziell arbeitenden Unternehmen allerdings zu kurz zu greifen scheint, müssen neue alternative Modelle der BürgerInnenbeteiligung erarbeitet werden, die Transparenz und eine direkte demokratische Einflussnahme ermöglichen.

Insbesondere in den sogenannten Entwicklungs- und Schwellenländern, die einerseits besonders gravierende Privatisierungserfahrungen gemacht haben, andererseits häufig nicht auf eine funktionierende öffentliche Wasserversorgung bauen können - weil auch der öffentliche Sektor oft nicht funktioniert - haben sich Beteiligungsmodelle entwickelt, die die Menschen aus der Rolle des Konsumenten herausholen und Räume für eine zivilgesellschaftliche (Wieder-) Aneignung dieser Ressource schaffen.

Diese können - unter Beachtung der lokalen Gegebenheit - für Deutschland in Bezug auf Transparenz und Mitbestimmung durchaus richtungsweisend sein. Im Wesentlichen geht es bei diesen Modellen um mehr Partizipation und Mitbestimmung der BürgerInnen und KonsumentInnen und um die Wiederaneignung des Gutes Wasser.

## Widerstand

### BürgerInnenbegehren

Obwohl immer behauptet wird, dass letztlich die BürgerInnen von den Veränderungen im Trinkwassersektor profitieren sollen, sind ihre Einflussmöglichkeiten auf Privatisierungsentscheidungen relativ gering. Da zumindest die großen Parteien keine eindeutige Position zu Privatisierungsvorhaben einnehmen, können die WählerInnen ihre Haltung zur Privatisierung nur bedingt in ihre Wahlentscheidungen einfließen lassen. Es gibt

allerdings in allen Bundesländern die Möglichkeit, von kommunalen und landesweiten BürgerInnenentscheiden und die Kommunalebene ist heute der Ort mit der intensivsten direktdemokratischen Praxis. Je nach Bundesland existieren unterschiedliche Detailregelungen für die Einleitung und Durchführung des zweistufigen Verfahrens von Bürgerbegehren und Bürgerentscheid, z.B. in Hinblick auf die Anzahl der erforderlichen

Unterschriften (Quoren) und die zum Plebiszit zugelassenen Themen. Die Durchführung ist in jedem Fall abhängig von großem Engagement der BürgerInnen, da der BürgerInnenentscheid nur durchgeführt wird, wenn das einleitende BürgerInnenbegehren erfolgreich war, also genug Unterschriften gesammelt wurden, was je nach Bundesland zwischen 2,5% und 17% der Wahlberechtigten ausmacht.

Etwa ein Viertel aller lokalen BürgerInnenbegehren in Deutschland befasst sich mit Anliegen im Bereich öffentlicher Infrastruktur- und Versorgungseinrichtungen. Da BürgerInnenbegehren nur in wenigen Ländern erfasst werden, können hier nur einige Beispiele angeführt werden, die entweder die Trinkwasserversorgung direkt oder als Bestandteil der Stadtwerke umfassen. **Bisher sind mehr als 40 BürgerInnenentscheide zum Thema Wasser durchgeführt worden und kein einziger ist für eine Privatisierung ausgegangen.**

In Bayern wurden zwischen 1995 und 2001 sieben BürgerInnenbegehren zur Frage Privatisierung der Wasserversorgung durchgeführt. Die bisherigen BürgerInnenbegehren gegen die Privatisierung erzielten regelmäßig hohe Abstimmungsbeiträge, die teilweise über dem Kommunalwahlniveau lagen. Die meisten sprachen sich mit großen Mehrheiten gegen Privatisierungen aus. Das einzige BürgerInnenbegehren, das eine Privatisierung zum Ziel hatte (Herrsching), scheiterte schon im Vorfeld an mangelnder Beteiligung.

In NRW gab es BürgerInnenbegehren gegen Privatisierungsvorhaben, die sich auf den Teilverkauf der Stadtwerke bezogen. Nachdem der Rat der Stadt Düsseldorf im November 2000 einem Verkauf von bis zu 54,9% der noch verbliebenen 80% der städtischen Anteile an der Stadtwerke Düsseldorf AG an die RWE beschloss, das sowieso schon über 20% der Anteile verfügte, stimmten in einem BürgerInnenbegehren für eine Beibehaltung der städtischen Mehrheitsbeteiligung 89% gegen den Ratsbeschluss.

Ende 2001 beschloss der Rat der Stadt Münster mit den Stimmen der CDU- und FDP-Fraktion den Verkauf von 49% der Stadtwerke Münster GmbH. Nachdem die Privatisierungspläne bekannt geworden waren, organisierte sich das Bündnis „Pro Stadtwerke“, an dem die Gewerkschaft Ver.di, Parteien, Umweltschutzorganisationen, die Attac-Gruppe Münster sowie einige unabhängige linke Kollektive wie die Gruppe B.A.S.T.A. teilnahmen, gegen die Privatisierungspläne der CDU Stadtratsmehrheit. Insgesamt stimmten 65,4% der abgegebenen Stimmen für den Bürgerentscheid, die Teilprivatisierung der

Stadtwerke aufzuheben. An der Abstimmung beteiligten sich 31,6% der Stimmberechtigten. Der Bürgerentscheid überschritt das notwendige Zustimmungsquorum (20%) mit 20,67% knapp und war damit erfolgreich.

Vergleichbare Bürgerentscheide zu ähnlichen Themen fanden auch in weiteren Städten Nordrhein-Westfalens statt (Hamm, Steinheim). Diese BürgerInnenentscheide verbieten eine Privatisierung nur für zwei Jahre. D.h. dass sie unter Umständen nur kurze aufschiebende Wirkungen haben, da fraglich ist, ob sich regelmäßig der große organisatorische Aufwand des zweistufigen Verfahrens von den PrivatisierungsgegnerInnen leisten lässt.

In Ratingen und Paderborn scheiterten die BürgerInnenentscheide gegen den Verkauf der Wasserwerke bzw. der Stadtwerke an mangelnder Beteiligung. Zwar sprachen sich die BürgerInnen mehrheitlich gegen den Verkauf an RWE bzw. E.on aus, das erforderliche Quorum von 20% der Wahlberechtigten wurde aber nicht erreicht. Die Initiatoren sprachen von zahlreichen bürokratischen Erschwernissen seitens der Stadt. In Essen erreichte eine Initiative gegen ein CBL-Geschäft mit dem städtischen Trinkwassernetz bereits im Verlauf eines BürgerInnenbegehrens das Einlenken der Stadtvertreter.

BürgerInnenbegehren haben keine aufschiebende Wirkung, und der Stadtrat kann dem BürgerInnenentscheid zuvorkommen, wenn der Entscheidung des Rates sachliche Erwägungen zu Grunde liegen und diese nicht offensichtlich dazu dient, das BürgerInnenbegehren zu umgehen.

In Ahlen klagte die Stadt gegen ein BürgerInnenbegehren, das sich gegen den Verkauf von Anteilen der Stadtwerke Ahlen an die Stadtwerke Bielefeld richtete mit der Begründung, dass der Kommune dadurch notwendige Einnahmen entgehen würden und die Initiatoren des Bürgerbegehrens keinen alternativen Kostendeckungsvorschlag vorgelegt hätten. Das Oberverwaltungsgericht in Münster entschied allerdings, dass ein Kostendeckungsvorschlag nur dann erforderlich sei, wenn ein Käufer bereit ist, einen Preis zu zahlen, der über dem Marktwert der Anteile liegt.

Das Beispiel Hamburg zeigt, dass ein BürgerInnen- bzw. Volksbegehren<sup>19</sup> nicht nur

---

<sup>19</sup> Während Bürgerbegehren auf Kommunal-, Stadt-, oder Bezirksebene durchgeführt werden, nennt man Begehren auf Landesebene Volksbegehren. Im Staatstaat Hamburg wurde ein Volksbegehren für die Beibehaltung der Wasserversorgung in öffentlicher Hand und gegen einen möglichen Verkauf an Private initiiert. Im weiteren wird hier von Bürgerbegehren gesprochen,

abwehrende Funktion haben kann, sondern darüber hinaus Veränderungen in der Entscheidungsstruktur zum Ziel haben kann, denn dort wurde kein kassierendes Begehren als Reaktion auf einen Ratsbeschluss durchgeführt, sondern ein initiiertes Begehren, das einem möglichen Ratsbeschluss zum Verkauf schon zuvorkommt. In Hamburg setzt sich ein breites Aktionsbündnis aus Umwelt-, Antiglobalisierungs-, Eine-Welt-Gruppen und Mieter- und Verbrauchervertretungen mit dem Namen „Unser Wasser Hamburg“ für die gesetzliche Festschreibung des städtischen Besitzes an den Hamburger Wasserwerken ein.<sup>1</sup> Immer wieder war in Hamburg die (Teil-)Privatisierung der Hamburger Wasserwerke im Gespräch und noch in jüngster Zeit fanden Gespräche zwischen dem Senat und den global führenden Wasserkonzernen RWE und Veolia statt. Dass die Hamburger Bevölkerung diesem Vorhaben allerdings sehr skeptisch gegenüber steht und selber über die Zukunft ihrer Trinkwasserversorgung mitbestimmen will, machte die enorme öffentliche Unterstützung des vom Aktionsbündnis „Unser Wasser“ initiierten Volksbegehrens deutlich: Anfang September 2004 konnten mehr als doppelt so viel Unterschriften für das Volksbegehren eingereicht werden, wie nötig waren. Am 12. Oktober 2004 hat der Hamburger Senat das Zustandekommen des Volksbegehrens amtlich verkündet.<sup>20</sup> Im Frühjahr 2005 steht der Volksentscheid gegen jede Art der Privatisierung der Hamburger Wasserwerke GmbH an.

Die überaus klaren Ergebnisse der bisherigen Bürgerentscheide weisen darauf hin, dass eine Mehrheit der Bevölkerung Privatisierungen als Lösung der kommunalen Finanzprobleme ablehnt. Dabei gehören BürgerInnenbegehren gegen Privatisierungen im Wassersektor zu den erfolgsträchtigsten Begehren überhaupt. Offensichtlich setzt sich mittlerweile bei vielen die Auffassung durch, dass mit jeder Form der Privatisierung für die Gemeinde und somit für

weil die meisten Begehren in Bezug auf die Trinkwasserversorgung auf kommunaler Ebene stattfinden.

<sup>20</sup> Die CDU reagierte auf die Volksbegehren - indem sie in der Bürgerschaft einen Antrag einbringt, die Hürden für Volksbegehren und Volksentscheide erheblich zu erhöhen. Die Union will unter anderem Volksentscheide von Wahlen entkoppeln. Anstatt in Wahllokale sollen BürgerInnen ihre Stimme in Bezirks- oder Ortsämtern abgeben. Jede Volksinitiative, die Mehrkosten verursacht, muss einen Vorschlag zur Finanzierung enthalten. Die Initiatoren sollen nicht mehr auf Wochenmärkten und an Wohnungstüren Unterschriften sammeln dürfen. Die Listen sollen auch in den Bezirks- und Ortsämtern ausgelegt werden. Opposition und Gewerkschaften lehnen die Vorschläge der CDU zur Änderung des Volksabstimmungsgesetzes eindeutig ab. Vgl. Knödler, G. (2004): Volksgesetzgebung - Abschaffen wäre ehrlicher. In: taz Hamburg Nr. 7498 vom 27.10.2004, Seite 21.

die BürgerInnen ein Kontrollverlust verbunden ist.

Neben bundesweiten Treffen privatisierungskritischer Wassergruppen erfolgt immer häufiger eine Vernetzung regionaler BürgerInnenbegehren mit anderen privatisierungskritischen Kreisen.<sup>21</sup> So wird beispielsweise derzeit von VertreterInnen von Umweltverbänden und Bürgerinitiativen, des Forums Umwelt- und Entwicklung und des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU) sowie kirchlicher Kreise ein Aktionsfahrplan gegen die Kommerzialisierung des Wassersektors ausgearbeitet. In Zukunft soll die Zusammenarbeit mit weiteren Bündnispartnern sowie mit dem Städtebündnis "Wasser in Bürgerhand" intensiviert werden. Der Aktionsfahrplan soll sich an den Terminen orientieren, die für die zukünftige Ausgestaltung der "Weltwasserpolitik" voraussichtlich von Bedeutung sein werden.<sup>22</sup> Thematisiert werden sollen dabei Themen wie □GATS, EU-Binnenmarktstrategie, Wasser als öffentliches Gut, Daseinsvorsorge und öffentliche Verantwortung.

Bezüglich von Volksbegehren lohnt der Blick in die Regionen mit langjährigen, negativen Privatisierungserfahrungen.



**NO JUSTICE  
NO PEACE!**

<sup>21</sup> Aktionsbündnisse in Deutschland gegen die Privatisierung ihrer Wasserunternehmen: [www.wasserallianz-muenchen.de](http://www.wasserallianz-muenchen.de), [www.unser-wasser-hamburg.de](http://www.unser-wasser-hamburg.de), [www.wasserallianz-muenchen.de](http://www.wasserallianz-muenchen.de), [www.is-kassel.de/unser-wasser-kassel](http://www.is-kassel.de/unser-wasser-kassel)

<sup>22</sup> Weltwassertag am 22. März 2005, WTO/GATS-Verhandlungen, Auftakt der UN-Wasserdekade im Mai 2005

## Landesweites Referendum in Uruguay

In Uruguay wurde am 31. Oktober 2004 zusammen mit der Präsidentschaftswahl ein landesweites Referendum gegen jede Form der Wasserprivatisierung und für den Erhalt des Einflusses der Bevölkerung auf die Wasserversorgung durchgeführt. Initiiert wurde das Referendum gegen den Willen der Regierung von der 2002 gegründeten Comisión Nacional en Defensa del Agua y de la Vida. Über 60% der WählerInnen sprachen sich für das Referendum aus, das folgende Punkte umfasst:

1. Wasser soll aus allen internationalen Handelsabkommen über öffentliche Güter und Dienstleistungen und Investitionen ausgeklammert werden
2. Der Zugang zu sauberem Trinkwasser soll als fundamentales Menschenrecht in der Verfassung verankert werden
3. Oberflächenwasser und unterirdische Reservoirs sollen als öffentliches Eigentum deklariert werden
4. Die Beteiligung der Nutzer und der Zivilgesellschaft an der Planung, Durchführung und Kontrolle der Wasserreserven soll gewährleistet werden
5. Die Wasserversorgung soll von möglichen zukünftigen Privatisierungen und Konzessionsvergaben ausgeschlossen werden.

Schon 1992 hatte eine Volksabstimmung klar festgelegt, dass Staatsbetriebe nicht verkauft werden dürfen. Privatisierungen werden abgelehnt, weil man die Übernahmen durch multinationale Konzerne befürchtet und die negativen Erfahrungen mit den privatisierten Dienstleistungsunternehmen im Nachbarland Argentinien vor Augen hat. Das Plebiszit von 1992 wurde sukzessive ausgehebelt, indem private Betreiber Konzessionen erhielten. Unter der konservativen Regierung Uruguays hat eine weitgehende Privatisierungswelle eingeschlagen. Zwar steht auch die öffentliche Wasserversorgung aufgrund der Qualität, des schlechten Services und wegen Korruption immer wieder in der Kritik, doch die private

Trinkwasserversorgung z.B. in Maldonado und im Badeort Piriápolis hat sich als noch schlechter und teurer als die öffentliche entpuppt.

Der positive Ausgang des Plebiszits könnte weitreichende Folgen für die weltweit laufenden Kampagnen für das Recht auf Wasser haben und hat schon im Vorfeld eine große internationale Solidarität ausgelöst. In Deutschland gibt es derzeit keine Möglichkeit für nationale Bürgerentscheide. Ausgelöst durch die Diskussion um Volksentscheide zur Ratifizierung der EU-Verfassung wird die Einführung bundesweiter Bürgerbegehren allerdings derzeit intensiv diskutiert.

## Der Widerstand ist global

Eine wachsende Zahl von Gruppen und Organisationen streitet weltweit für das Recht auf Wasser. Startpunkt für eine internationale Vernetzung war der sogenannte "Wasserkrieg" in Cochabamba/Bolivien. Dort wurde 1999 auf Druck der Weltbank die öffentliche Wasserversorgung an ein Konsortium unter Führung des US-amerikanischen Konzerns Bechtel verkauft und im Zuge der Privatisierung alle eigenständigen Wassersysteme und Quellen sowie die traditionellen Wassergenossenschaften enteignet. Als die Wasserpreise kurz nach der Privatisierung um das Zwei- bis Dreifache stiegen entbrannten heftige Proteste: Straßen wurden blockiert, Betriebe bestreikt sowie ein Volksentscheid durchgeführt. Die BewohnerInnen, die traditionellen Wasserkomitees und zahlreiche soziale

Organisationen kämpften zusammen für die Rücknahme des Verkaufs. Die Regierung antwortete auf den Aufstand mit Gewalt durch Polizei und Militär und provozierte einen regelrechten „Wasserkrieg“ mit Hunderten von Verletzten.

Als die Proteste, nachdem ein 17-Jähriger erschossen worden war, außer staatliche Kontrolle gerieten, lenkte die Regierung im April 2000 ein und machte den Verkauf rückgängig. Das Wasserwerk wurde in die Trägerschaft der öffentlichen Hand überführt und grundlegend reformiert: Der soziale Charakter der Wasserversorgung rückte in den Vordergrund, der Kommerzialisierung von Wasser wurde eine eindeutige Absage erteilt und Korruption soll durch ein Regelwerk sozialer und demokratischer Kontrolle verhindert werden. In allen Angelegenheiten

der Wasserversorgung haben die BewohnerInnen und die traditionellen Wasserkomitees heute weitgefaste Mitspracherechte. Ein großes Netzwerk von globalisierungskritischen Gruppen aus Bolivien, Kanada, den USA, Indien und Brasilien kam im Dezember 2000 in Cochabamba zusammen und verabschiedete die „Erklärung von Cochabamba“, in der Wasser als unverkäuflich und als allgemeines Menschenrecht deklariert wird. Proteste gab es u.a. auch in Buenos Aires, als während der wirtschaftlichen Krise Suez die Preise erhöhte.

In Ghana bildete sich die „Coalition Against Privatisation of Water“ als Reaktion auf drohende Privatisierungen in den städtischen Gebieten. In Südafrika kämpfen verschiedene Gruppen gegen die Kommerzialisierung der

öffentlichen Wasserversorgung. In Manila kämpft die „Bantay Tubig Coalition“ für die Rückführung der 1997 privatisierten Wasserversorgung in Manila. In Sri Lanka kämpft eine Koalition gegen die von der Weltbank aufgedrängte Privatisierung. In indischen Plachimada kämpft die Bevölkerung gegen den Ausverkauf ihrer Wasservorräte an den Coca-Cola Konzern. In den USA kämpft die Kampagne „Water for all“ gegen den globalen Ausverkauf der Wasserversorgung, in Kanada startete eine BürgerInnenrechtsorganisation eine Kampagne gegen die Privatisierung von Wasserressourcen, in der Schweiz haben verschiedene Hilfs- und Entwicklungsorganisationen die „Kampagne Wasser für alle“ gestartet.

## Alternativen

Da die überwiegend kommunale Versorgung im Wassersektor in der Bevölkerung weitgehend akzeptiert war und eine öffentliche Diskussion um die Formen der Wasserversorgung erst durch die aktuellen Privatisierungstendenzen ausgelöst wurde, werden Alternativen zur Wasserprivatisierung in Deutschland erst seit jüngster Zeit vermehrt diskutiert.

## Hertenfonds

Ein gern genanntes Beispiel auch in privatisierungskritischen Kreisen ist der Hertenfonds. Seit Herbst 2002 können sich die StromkundInnen der Stadtwerke Herten über einen festverzinslichen Fonds am lokalen, kommunalen Energieversorger beteiligen. Die Wasserversorgung ist nicht in dieses Modell einbezogen, weil in Herten die Wasserversorgung über Gelsenwasser betrieben wird. Dennoch sehen viele Privatisierungsgegner in diesem neuartigen Anlage- und Investitionsmodell eine in Deutschland bislang einmalige Form der BürgerInnenbeteiligung. Die Hertener BürgerInnen und die Beschäftigten der Stadtwerke können mit dem Kauf der Aktie eine Kapitalanlage erwerben, die unabhängig von Börsenkursen und aktuellen Zinssätzen durch festgeschriebene Zinssätze und lange Laufzeiten eine sichere Rendite bietet.<sup>23</sup> Die Stadtwerke verschaffen sich durch den Fonds finanzielle Gestaltungsspielräume zur Erfüllung ihrer Versorgungsaufgaben. Darüber hinaus

werden „profitable Zukunftsprojekte“ der Stadt Herten (Gesundheits- und Vitalzentrum, Schulen) mit dem Geld unterstützt und ein Stadtentwicklungsfonds ins Leben gerufen. Die Einzahlungen in den Hertenfonds sollen Investitionen in Versorgung, Umweltschutz oder Stadtentwicklung vor Ort ermöglichen. Durch den Erfolg des Modells waren Überlegungen, die Stadtwerke anderweitig zu verkaufen vom Tisch. Zustimmung erhält das Hertener Modell auch vom Verband Kommunaler Unternehmen.

Der Hertenfonds ist allerdings letztlich als eine alternative Form der „Privatisierung“ anzusehen, bei der die BürgerInnen sich Aktien eines bis dato in kommunalem Besitz befindlichen Unternehmens kaufen. Allerdings ist zu bedenken, dass bei diesem Modell nur ein Bruchteil der Bevölkerung, u.a. abhängig von den finanziellen Möglichkeiten, da der Mindestkaufbetrag 1000 Euro beträgt, partizipieren kann und letztlich demnach auch die Möglichkeit der Einflussnahme auf die Stadtwerke sich auf wenige BürgerInnen beschränkt. Es wird auch hier öffentliches Eigentum in privates überführt, ohne das letztlich die Frage gestellt wird, ob öffentliches Eigentum nicht sowieso BürgerInneneigentum ist und es somit etwas absurd anmutet, wenn einige wenige BürgerInnen etwas kaufen, was eigentlich schon allen gehört.

---

<sup>23</sup> Im Jahr 2002 erwarben 919 Hertener BürgerInnen Anteile am Hertenfonds zu Festbeträgen von mindestens 1.000 € pro Stück, zu einem festen Jahreszinssatz von 5%. Mit einem Maximalbetrag von 20 000 € soll sichergestellt werden, dass möglichst viele BürgerInnen am Hertenfonds teilhaben können. Die große Zustimmung der Bevölkerung hatte zur Folge, dass die bis dahin festgelegte Obergrenze von 5 Millionen Euro auf 10 Millionen Euro aufgestockt wurde.



## Beteiligungsmodelle

Ein Beispiel für die Integration der BürgerInnen in politische Entscheidungsprozesse ist die Beteiligung an dem Investitionshaushalt in der brasilianische Millionenstadt **Porto Alegre**.<sup>24</sup> Durch die Kooperation der Stadtverwaltung mit der BürgerInnenschaft wurden die Entscheidungsmöglichkeiten der BürgerInnen erweitert, ohne dass auf die repräsentativen Organe der Politik verzichtet wird. Zur stärkeren BürgerInnenbeteiligung wurde die ursprünglich in vier Bezirke gegliederte Stadt in 16 Bezirke aufgeteilt und zusätzlich sechs thematische Foren (Verkehr und Transport, Gesundheit und Soziales, Erziehung und Freizeit, Stadtentwicklung und -organisation, Wirtschaftsentwicklung und Steuerpolitik, Kultur) eingerichtet, in denen jährlich offizielle Vollversammlungen stattfinden, an denen jede/r BürgerIn teilnehmen kann. Anschließend wird in jedem der 16 Bezirke eine Delegiertenversammlung durchgeführt. Auf der obersten Ebene gibt es den *Orçamento Participativo* (OP-Rat), den partizipativen Haushaltsrat, der aus je zwei Delegierten jedes Bezirks und jedes thematischen Forums besteht. Nach den einzelnen Vollversammlungen findet eine große Stadtversammlung mit allen Delegierten und OP-Ratsmitgliedern statt, in der über prioritäre Regionen und Sektoren für öffentliche Investitionen der gesamten Stadt entschieden wird.

Die BürgerInnen- und Delegiertenversammlungen erarbeiten konkrete Investitionspläne, wobei die Exekutive nur den Umfang der bereitstehenden Mittel vorgibt. Der Bürgermeister präsentiert die Vorschläge dem Stadtparlament, das dann den Jahreshaushalt verabschiedet. Die Ergebnisse werden zu Jahresbeginn durch Broschüren und Aushänge bekannt gegeben. Jahr für Jahr beteiligen sich rund 30 000 Menschen am *Orçamento Participativo*. Durch diese Form der direkten Mitbestimmung sind Korruption und Vetternwirtschaft in Porto Alegre weitgehend unbekannt.

Der *Orçamento Participativo* kontrolliert auch die Investitionen im Wassersektor. Die Wasserver- und -entsorgung wird über einen kommunalen Eigenbetrieb sichergestellt. Aufgrund der hohen Anschlussrate von 99,5% an die Wasserversorgung und 80% an die Abwasserentsorgung und Kostendeckung bei niedrigen Wasser- und Anschlusspreisen sowie

hohen Umweltzielen gilt die Wasserversorgung in Porto Alegre für Lateinamerika als richtungweisend. Der Direktor wird zwar vom Bürgermeister bestimmt, dieser wird jedoch von einem Wasserrat aus 13 gewählten VertreterInnen (Gewerkschaft, Wirtschaft, Medizin, Justiz, Umwelt, Administration, BürgerInneninitiativen) kontrolliert und unterstützt. Jahrespläne, Finanzplanung und Wassertarife bedürfen ebenfalls der Zustimmung dieses Rates.

In **Santa Cruz/Bolivien** wurde schon 1979 die Wasserver- und -entsorgung in Form einer Kooperative in den Besitz ihrer Kunden überführt. Die partizipative Organisationsform sowie betriebswirtschaftliche Transparenz haben diese Kundenkooperative zu einem sehr erfolgreichen Wasserversorger gemacht. Selbst ein Weltbankvergleich attestiert dieser BürgerInnen-Kooperative unter allen bolivianischen Städten die besten Ergebnisse.

In der Millionenstadt **Dhaka/Bangladesh** konkurrierte eine MitarbeiterInnen-Genossenschaft mit einem Privatinvestor. Nach einem Jahr hatte die Genossenschaft so viel bessere Indikatoren, dass dem Privaten gekündigt wurde. Auch in einigen europäischen Staaten sind teilweise wesentlich weitergehende Mitwirkungsmöglichkeiten vorgesehen. Zu erwähnen sind die Water Boards in den Niederlanden, wo die Privatisierung der Wasserversorgung gesetzlich verboten ist.

### LITERATUR:

- Dickhaus, B. (2004): Wasserversorgung mit Grenzen. In: INKOTA-Brief 128, Juni 2004, Berlin, S. 21-23.
- Geiler, N. (2004): Das 20-Milliarden-Euro-Spiel. Die Liberalisierung des Wasser- und Abwassermarktes. Stuttgart.
- Hausschild, P. u.a. (2004): Privatisierung: Wahn und Wirklichkeit. Kommunen im Fadenkreuz. AttacBasisTexte 9.
- Huffschmid, J. [Hrsg.] (2004): Die Privatisierung der Welt. Hintergründe, Folgen, Gegenstrategien. Reader des wissenschaftlichen Beirats von Attac. Hamburg.
- Rosemann, N. (2004): Die Gescheiterte Privatisierung. In: INKOTA-Brief 128, Juni 2004, Berlin, S. 16-17.
- Stadler, L./U. Hoering (2003): Das Wasser-Monopoly. S. 177.
- Terhorst, P. (2004): „Das Wasser ist unser.“ In: INKOTA-Brief 128, Juni 2004, Berlin, S. 24-26.
- Weber, G. (2004): Wasser bleibt in Staatshand. Uruguayer gegen Privatisierung von Versorgungsleistungen. In: Frankfurter Rundschau online 2004, 02.11.2004
- Wiesmeier, B. (2004): Der böse Flaschengeist aus Plachimada. In: INKOTA-Brief 128, Juni 2004, Berlin, S. 17-19
- Zeller, Chr.: Von der Verteidigung öffentlicher Dienste zur gesellschaftlichen Aneignung. In: Huffschmid, J. [Hrsg.] (2004): Die Privatisierung der Welt.
- Zimmermann, C. R. (2002): BürgerInnen entscheiden über städtische Investitionen. Porto Alegre, Brasilien. In: E+Z - Entwicklung und Zusammenarbeit Nr. 10, Oktober 2002.
- Dilger, G. (2002): So funktioniert Porto Alegre. In: taz vom 31.1.2002, S. 4.

<sup>24</sup> Der Beteiligungshaushalt wurde 1989, nach dem Wahlsieg eines Linkbündnisses unter Leitung der Arbeiterpartei PT (1988), eingerichtet. Nach 16 Jahren Regierungsbeteiligung in Porto Alegre musste sich allerdings die PT bei den Kommunalwahlen im Oktober 2004 geschlagen geben. Kandidiert hatte der PT-Linke Raul Pont, ein Mitbegründer des "partizipativen Budgets".

# Krieg ums Wasser in Mexiko

*Wir müssen unsere kleinen Helden unterstützen (von denen wir viele haben. Sehr viele). Diese besonderen Kriege müssen wir mit den entsprechenden Mitteln führen. Wer weiß – vielleicht bringt uns das 21. Jahrhundert genau das: den Niedergang alles Großen. Der großen Bomben, großen Staudämme, großen Ideologien, großen Nationen, großen Kriege, großen Helden, großen Irrtümer.*  
**Arundhati Roy**

»Anfang des dritten Jahrtausends leidet mindestens eine von drei Personen auf der Welt Not und Mühsal wegen Problemen mit dem Wasser. Bei dieser Person handelt es sich häufiger um eine Frau als um einen Mann.« Das sagt Michel Camdessus, Generaldirektor des IWF von 1987 bis 2000 – ein (spätes) Eingeständnis, dass die Privatisierung der Weltwasserreserven, die er selbst durchgesetzt hat, gescheitert ist.

Heute wird die Zunahme von internen Kriegen und geopolitischen Konflikten um das Wasser vorhergesagt. So wie das 20. Jahrhundert von den Kriegen um das Öl bestimmt war, könnten sich die des 21. Jahrhunderts um Wasser drehen.

Mexiko gehört wie China, Israel, Indien, Bolivien und die USA zu den vielen Ländern, die nach den Vorhersagen diesbezüglich große Probleme haben werden – oder schon haben.

Wasser für alle?

Weltweit haben 1,3 Milliarden Menschen keinen Zugang zu Trinkwasser und 2,5 Milliarden verfügen über kein

Abwassersystem. Die Weltnachfrage nach Wasser verdoppelt sich alle zwanzig Jahre, mehr als doppelt so schnell wie die Weltbevölkerung. Schätzungsweise werden in weniger als einem Vierteljahrhundert zwei Drittel der Weltbevölkerung keinen ausreichenden Zugang zu Süßwasser haben.

Mexiko zählt nicht zu den Ländern mit den größten Wasserproblemen. Durchschnittlich stehen jedem Einwohner pro Tag etwa 153 Liter zur Verfügung. Nach offiziellen Angaben aus dem Jahr 2000 haben 87,7 Prozent der Bevölkerung Trinkwasser im Haus, wobei in fünf Bundesstaaten (Chiapas, Guerrero, Oaxaca, Veracruz und Yucatán, wo sich die indigene Bevölkerung konzentriert) nur 70 Prozent der Bevölkerung versorgt sind. Außerdem liegt die Versorgung in den Städten im Durchschnitt bei fast 95 Prozent, auf dem Land aber nur bei 68 Prozent. Hier müssen 25 Prozent der Jugendlichen zwischen 18 und 25 Jahren immer noch Wasser zu ihren Behausungen transportieren. In Mexiko fließt das Wasser zu den Reichen.

## Der Mangel wird gemacht

Lateinamerika verfügt über reichhaltige Süßwasserquellen. Hier befinden sich vier der 25 wasserreichsten Flüsse der Welt sowie einige der größten Seen. 20 Prozent der Weltwasserversorgung kommen allein aus dem Amazonas. Trotz der großen natürlichen Ressourcen haben mehr als 130 Millionen kein Trinkwasser im Haus. In der brasilianischen Stadt São Paulo drohen Rationierungsmaßnahmen, weil die Quellen weit von der Stadt entfernt sind und die Transportkosten die Zahlungsmöglichkeiten vieler BewohnerInnen übersteigen. Die Situation verschärft sich, weil das Agrobusiness jedes Jahr Millionen Kleinbauern in die Armenviertel der Städte treibt. Lateinamerika ist der Kontinent mit den meisten Konflikten um Wasser.

Ab den achtziger Jahren zog sich der Staat aus dem öffentlichen Sektor zurück. Die Wasserprivatisierung war Teil der Strategie, die Naturressourcen den Mechanismen der kapitalistischen Akkumulation einzuverleiben.

Regierungsagenturen begannen, die Vorstellung vom »Wassermangel« zu lancieren. Zwar ist tatsächlich das Süßwasserangebot überall begrenzt. Neu ist aber die Behauptung, dass es wegen dieser Begrenzung nicht für alle Wasser gäbe. Ein begrenztes Angebot eines Gutes kann durchaus mit einem geringfügigen Mangel korrespondieren, aber häufiger zeigt sich die gegenteilige Situation: einem großen Angebot steht unerträglicher Mangel gegenüber – so z.B. bei den Mazahua im Bundesstaat Mexiko, aus deren Region die Hauptstadt mit Wasser versorgt wird, während sie selbst größtenteils keinen Zugang zum Wassernetz haben.

Den Mangel eines Gemeinschaftsgutes zu propagieren, ist keine harmlose Behauptung. Es ist die notwendige Vorbedingung, dieses Gut in den Marktkreislauf einzubringen. Die Wirtschaft erfindet buchstäblich den Mangel, um das Privateigentum an Gemeinschaftsgütern und natürlichen Ressourcen auszuweiten.

Mit diesem Hinweis sollen nicht die tatsächlichen Wasserprobleme geleugnet werden. In Mexiko sinkt Jahr für Jahr der Grundwasserspiegel und die Wasserverschmutzung steigt. In den letzten fünfzig Jahren wurden Wasserreserven aufgebraucht, die zwischen 10 000 und 35 000 Jahre alt waren. In der Region La Laguna im Norden des Landes wird das Trinkwasser aus immer tieferen Schichten gewonnen, und es weist einen hohen Grad an Salzen auf, bis hin zu Arsen. Die Wüstenbildung schreitet Jahr für Jahr fort, und in Mexiko Stadt, das früher 'das Venedig Amerikas' genannt wurde, trocknen die letzten Quellen aus.

Aber die von Regierung und internationalen Entwicklungsagenturen vorgeschlagenen Privatisierungsstrategien sind Teil des Problems und nicht die Lösung. Die Weltbank vertritt zum Beispiel, dass Wasser ein menschliches Bedürfnis ist und kein Menschenrecht. Menschliche Bedürfnisse können auf viele Arten befriedigt werden, besonders über Geld. Für die Menschenrechte hat aber (bisher) noch niemand einen Preis festgesetzt.

# Alles privatisieren

Uruguay: Privatisierung durch Plebiszit verhindert

Die UruguayerInnen, die schon 1992 den Ausverkauf von Staatsbetrieben per Abstimmung zu Fall brachten, haben Anfang November ein Plebiszit gegen die Wasserprivatisierung durchgesetzt und gewonnen. Wasser ist demnach in dem kleinen Land ein Menschenrecht, und es darf nur über staatliche Stellen verteilt werden. Zugelassen ist lediglich die Abgabe an andere Länder – »wenn dort Unterversorgung herrscht und aus Solidarität«.

Wasser wird auf verschiedene Weise zur Ware gemacht, z.B. durch die Privatisierung von Wasserreserven, Quellen, Wasserleitungen und Kanälen. In Mexiko stößt dies auf Widerstände, denn nach der Verfassung sind die nationalen Wasservorräte ein öffentliches Gut und von daher unveräußerlich und unübertragbar. Diese juristischen Schwierigkeiten umgehen sie mit der sogenannten »Dezentralisierung«: sie übergeben die Wassersysteme den Landesregierungen und Gemeinden, um so den Weg für die Privatisierung frei zu machen.

Eine andere Methode ist der zunehmende Konsum von Flaschenwasser (ein enormer Betrug, denn die Abfüller nehmen kein Quellwasser, sondern Wasser aus dem öffentlichen Netz). Mexiko war schon immer ein großer Konsument von Cola-Erfrischungsgetränken und hat jetzt nach Italien den zweithöchsten Prokopfverbrauch an Flaschenwasser. Coca Cola besitzt sieben Abfüllunternehmen (ein ehemaliger Coca-Cola-Manager ist heute Präsident der Republik). Ein Liter Flaschenwasser kostet heute so viel wie ein Liter Benzin.

Die Kombination dieser Faktoren hat zu einem Anstieg der Gebühren geführt, die sich nach und nach dem »Marktpreis« angenähert haben. Die letzten Barrieren fielen mit der Reform des Wassergesetzes im April 2004. Diese begünstigt Konzessionen an Privatunternehmen und verabschiedet sich damit von den Grundprinzipien sozialer Gerechtigkeit.

Nach jüngsten Untersuchungen geben die Marginalisierten derzeit 30 Prozent ihres Einkommens für den Kauf des lebensnotwendigen Nasses aus.

## Die Schandtaten von Vivendi Universal

Der globale Wassermarkt wird von wenigen Giganten europäischen Ursprungs beherrscht. Die beiden größten Gesellschaften, Suez und Vivendi Universal, sind französisch und teilen sich siebzig Prozent des Wasserweltmarktes: die erste operiert in 130 Ländern, die zweite in 90.

In Mexiko steht ihre Marktdurchdringung erst am Anfang, aber es gibt mit der Stadt Aguascalientes im Norden schon einen aufschlussreichen Fall. Der Stadtrat beschloss dort 1993 die Vergabe von Konzessionen für Trinkwasser, Kanalisation und Abwässer. Die Reform des Wassergesetzes legalisierte die Beteiligung privater Unternehmen, darunter auch die Compagnie Générale des Eaux, ein Subunternehmen von Vivendi. Die Behörden rechtfertigten die Privatisierung mit der schlechten Versorgung, aber das erste, was die Verbraucher zu spüren bekamen, war die sofortige Erhöhung der Gebühren

und die Einführung von Wasserabschaltungen wegen nicht bezahlter Rechnungen. Das Unternehmen verspekulierte sich und häufte Schulden an. Um den Bankrott und die Unterbrechung der Versorgung zu verhindern, musste die Gemeinde eingreifen und große Mengen öffentliche Gelder zuschießen. Wie immer privatisieren die Monopole die Gewinne, während sie die Verluste sozialisieren.

Eine Studie von Clarke und Barlow dokumentiert weltweit dutzende solcher Fälle, vor allem in den abhängigen Ländern. Aber nicht immer nimmt die Bevölkerung die Schweinereien hin. Angesichts der Machenschaften des nordamerikanischen Unternehmens Bechtel wurde Bolivien 2000 zum Schauplatz einer erfolgreichen Rebellion der Bevölkerung, die als »Wasserkrieg« in die Geschichte eingegangen ist.

## Trugbilder

Arundhati Roy schreibt in einem Plädoyer gegen Staudammprojekte in Indien: »Es gab eine Zeit, in der die Welt die Staudämme liebte. Alle hatten sie – Kommunisten, Kapitalisten, Christen, Muslime, Hindus, Buddhisten. Die Staudämme haben nicht als zynische Unternehmen angefangen. Am Anfang waren sie ein Traum. Sie sind zu einem Alptraum geworden. Es ist Zeit, aufzuwachen.«

Im Laufe des 20. Jahrhunderts wurden auf der Welt mehr als 40 000 große Staudämme gebaut. Ihre Bauherren führten sie als Kathedralen der Modernität vor. Dabei wurden nach konservativen Berechnungen etwa 100 Millionen Menschen vertrieben und teilweise ermordet. 1982 hat die Weltbank, die jahrzehntelang überall Staudämme durchgesetzt hat, sich mit den guatemalteckischen Militärs für den Bau eines weiteren Staudamms am Fluss Chixchoy zusammengetan. Da die dort lebenden Maya-Gemeinden sich gegen die Umsetzung wehrten, massakrierte die Armee 400 Menschen.

Es gäbe noch viele Beispiele, denn – so Arundhati Roy – »die großen Staudämme sind für die Entwicklung einer Nation dasselbe wie die Atombomben für das Kriegsministerium. Beides sind Massenvernichtungswaffen. Beides sind Waffen, die die Regierungen benutzen, um ihre eigene Bevölkerung zu kontrollieren.«

Letzten Endes hat sich die Weltbank, vielleicht unter dem Eindruck der Proteste, aus dem Geschäft zurückgezogen, und ein bemerkenswertes Dokument veröffentlicht, in dem sie offen sagt, dass die Staudämme nicht nur schwerwiegende Umweltschäden verursachen, sondern auch zur Vertreibung von vielen Menschen führen, vor allem von indigenen Völkern, die dadurch in katastrophalen Verhältnissen landen.

Auch in Mexiko begann der Staudambau als eine Fata Morgana angeblicher Entwicklung. Aber mit dem

technologischen Fortschritt verschärften sich die gesellschaftlichen Probleme. Heute gibt es in der Republik Mexiko dutzende von Wasserkraftwerken. Während die meisten an der Grenze ihrer Lebensdauer von 50 Jahren anlangen, wird ein neuer Bauboom in Gang gesetzt, mit dem Ziel, ausländische Investitionen anzuziehen und die Grundlage für die

Privatisierung von Strom und Wasser zu schaffen. Geplant sind 56 neue Staudämme, zumeist auf indigenem Territorium. Die Multis können es angesichts der Möglichkeiten, die ihnen die neuen mexikanischen Gesetze bieten, kaum erwarten, ihr Kapital in diesem Bereich zu investieren.

## Widerstand

Bolivien: »Guerra del Agua« in El Alto

Ende November beschließen die Nachbarschaftskomitees von El Alto mehrheitlich, eine geplante Straßenblockade bis zum 20. Dezember auszusetzen, um der Stadtverwaltung die Möglichkeit zu geben, den Vertrag mit dem privaten Wasserversorger Aguas del Illimani zu überprüfen. Nach der Privatisierung der Wasserversorgung vor 7 Jahren hatte sich das Wasserproblem verschlimmert. Unmittelbar vor dem Verkauf waren die Preise um bis zu 60% angehoben worden, um das Unternehmen attraktiv zu machen. Nach dieser Privatisierung zu Lasten der Einwohner El Altos ist der Preis heute sogar noch über diesem Niveau.

Im Jahr 2000 erklärte ein Vertreter des transnationalen Unternehmens, die Stadt sei der »schlechteste Verbraucher der Welt«. Wenn die Leute eine Verbesserung der Situation wollten, sollten sie sich daran gewöhnen, für das Wasser zu bezahlen, sich einmal am Tag duschen, ihre Pflanzen gießen, ihre Autos waschen und dazu – entgegen ihren »schlechten Gewohnheiten« – nicht das Wasser aus öffentlichen Einrichtungen oder den Flüssen benutzen.

Die Komitees fordern nun, dass das Unternehmen verschwindet und in einer Volksabstimmung über die Wasserversorgung entschieden wird.

Die Völker nehmen diese Situation nicht passiv hin. Ein Beispiel ist der Kampf gegen den Staudamm La Parota im Bundesstaat Guerrero, der 24 Dörfer überfluten würde. Seit Jahren und besonders in den letzten Monaten befinden sich die 25 000 betroffenen Bauern auf dem Kriegspfad. Zuerst haben sie einen Rat der Oppositionsgemeinden gegründet und im Oktober 2004 zusammen mit BewohnerInnen anderer Landesteile die »Mexikanische Bewegung von Staudambetroffenen für die Verteidigung der Flüsse« Mapder, die den »totalen Widerstand« gegen Staudammprojekte erklärt.

Mapder ist ein international vernetztes Bündnis. Es verlangt vom mexikanischen Staat die Wiedergutmachung der Schäden, die tausende Personen durch den Staudambau erlitten haben, und die Wiederherstellung der geschädigten Ökosysteme. Es fordert außerdem die Änderung der Wasser- und Umweltgesetze und die Respektierung des Völkerrechts beim Wasser.

Ein anderer Wasserkrieg ist der zwischen den Mazahua am Cutzamala-Fluss (Bundesstaat Mexiko) und der »Nationalen

Wasserkommission« CNA. Der Cutzamala deckt einen Großteil des Wasserbedarfs der Hauptstadt Mexiko D.F. und der Stadt Toluca. 19 000 Liter Wasser werden pro Sekunde in das 160 km entfernte Hauptstadtgebiet gepumpt. Absurderweise haben mehrere Mazahua-Gemeinschaften zu wenig Trinkwasser, während 38 Prozent des Wassers, das sie an die Hauptstadt abgeben, wegen schadhafter Wasserleitungen versickert.

In der Regenzeit 2003 ist ein Staudamm übergelaufen und hat die Pflanzungen der Mazahua-Gemeinschaften zerstört. Nach gescheiterten Dialogversuchen sind sie am 10. August 2004 in die Hauptstadt marschiert, um von der Zentralregierung eine Entschädigung für 300 Hektar Pflanzungen zu fordern. Sie bezogen Posten in unmittelbarer Nähe der Wasseraufbereitungsanlage Berros, die das Tal von Mexiko versorgt. Gleich darauf nahmen die Frauen das Heft der Bewegung in die Hand und organisierten die »Zapatistische Frauenarmee zur Verteidigung des Wassers«. Bewaffnet mit Holzgewehren, Macheten und Pflanzwerkzeugen verhinderten sie drei Tage lang die Zugabe von Chlor und drohten damit, die Wasserzufuhr zu unterbrechen oder gar die Anlage mit Dynamit in die Luft zu jagen. Am 26. September verlangten 25 Mazahua-Kommandantinnen eine Audienz beim Verteidigungsminister Clemente Vega, »um Fragen im Zusammenhang mit der Landessicherheit zu besprechen und ihm zu erklären, warum wir auf andere Weise protestieren als es die Männer getan haben«. Sie weisen erneut auf die ungerechte Landeswasserpolitik hin, die die BewohnerInnen der großen Städte begünstigt, während viele der Gemeinden, in denen das Wasser gefördert wird, in extremer Armut leben. Nach mehreren Wochen Verhandlungen unterzeichneten das Innenministerium und die Mazahua-Gemeinschaften am 26. Oktober ein Abkommen über Wiederaufforstung, den Schutz von Quellen und andere Maßnahmen zur Umweltsanierung. Die Mazahua kündigten an, dass sie den Kampf fortsetzen und dass es im Falle der Nichteinhaltung des Abkommens zu neuen Mobilisierungen kommen würde.

Alles zusammen genommen scheint die Wasserkrise ein Sinnbild für die globalisierte Welt zu sein. Innerhalb des aktuellen neoliberalen Modells gibt es dafür keine Lösung. Nur die Völker, Netzwerke, Bewegungen und Organisationen, die für den Erhalt dieses Gemeinschaftsgutes kämpfen, können den Krieg gewinnen, den sich die Staaten und die Multis um die Kontrolle des Wassers und der natürlichen Ressourcen liefern. In Mexiko hat der Krieg schon begonnen.

**Claudio Albertani**

Quelle: <http://www.wildcat-www.de> - Zwischenzeit e.V. bedankt sich herzlich für die Zurverfügungstellung dieses Textes.

Dies ist eine stark gekürzte Übersetzung des Artikels Globalización y guerras del agua en México.  
Die komplette Version des Artikels mit allen Fußnoten etc. ist einsehbar unter:

[http://www.wildcat-www.de/aktuell/a037mex\\_agua.htm](http://www.wildcat-www.de/aktuell/a037mex_agua.htm)

## Hinweise zum Weiterlesen und -machen:

### Literatur

Maude Barlow, Tony Clarke: **Blaues Gold**. Das globale Geschäft mit dem Wasser, München 2003.

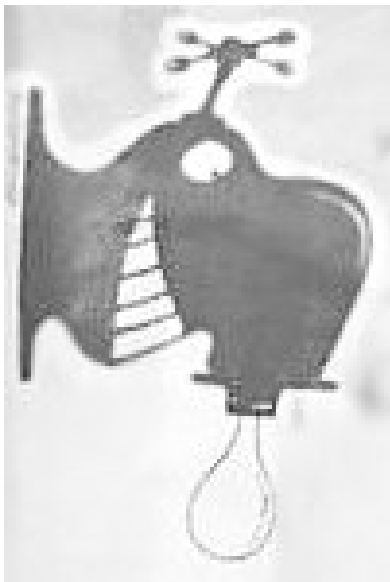
Vandana Shiva: **Der Kampf um das Blaue Gold. Ursachen und Folgen der Wasserverknappung**, Zürich 2003.

Lisa Stadler/Uwe Hoering: **Das Wassermonopoly**. Von einem Allgemeingut und seiner Privatisierung. Rotpunktverlag, Zürich 2003.

Frank Bliss: **Zum Beispiel Wasser**, Lamuv Verlag, Göttingen 2001

INKOTA-netzwerk e.V. und Brot für die Welt (Hg.): Rundbrief 128 Juni 2004: **Wasser – öffentliche Kontrolle statt Kommerz**, Berlin 2004.

isw - institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V. (Hg.): isw-report 53 - **Ware Wasser. Die Wasserwirtschaft zwischen Daseinsvorsorge und Profitmaximierung**, München 2002



### Internet

[www.menschen-recht-wasser.de](http://www.menschen-recht-wasser.de)

[www.unser-wasser.de](http://www.unser-wasser.de)

[www.ak-wasser.de](http://www.ak-wasser.de)

[www.attac.de](http://www.attac.de)

[www.unser-wasser-hamburg.de](http://www.unser-wasser-hamburg.de)

[de.indymedia.org](http://de.indymedia.org)

**Wird es der Menschheit in Zukunft  
gelingen, Konflikte und Kriege um Wasser  
zu vermeiden?**



Collage: Zwischenzeit

Das Projekt **Wasser-Spiegel** wurde gefördert von:



**Katholischer Fonds**  
für weltkirchliche und entwicklungsbezogene Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit



"In der Geschichte ist Wasser, und vor allem sein Ursprung,  
die Quelle, immer Gegenstand von Verehrung und Respekt gewesen.  
Die Erfindung des Wasserhahns und der Mineralwasserflasche  
hat uns vergessen lassen, dass Wasser,  
bevor es aus dem Hahn fließt  
oder in Flaschen verkauft wird,  
ein Geschenk der Natur ist."

Vandana Shiva